

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

161 (15.7.1920)

# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühren, monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Rutenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## B Verschärfung der Lage in Spa.

Spa, 14. Juli. Die Ereignisse des gestrigen Tages, vor allem die Vertagung der Konferenz auf unbestimmte Zeit, sowie die Herbeiführung der Marschälle Foch und Wilson gaben Anlass zu äußerst pessimistischer Beurteilung der Lage. Die Vertagung der beiden Marschälle ist zweifellos dazu bestimmt, einen neuen Druck auf die deutsche Delegation auszuüben, die auch in der Kohlenfrage zur Unterzeichnung eines Abkommens, dessen Umkehrfähigkeit feststeht, gezwungen werden soll. Verschiedene Blätter sprechen von drohenden Abbruch und stellen sofort den Einmarsch in das Ruhrgebiet in Aussicht. Immerhin scheint diese Ultimatumspolitik nicht überall Befriedigung hervorzurufen.

So schreibt „Soir“, nachdem er auf die großen Vorteile hingewiesen hat, die Deutschland in der Kohlenfrage errungen habe, es wäre übrigens, wie anerkannt werden muß, besser, mit den Deutschen zu einem Abkommen zu gelangen, als das Ruhrgebiet zu besetzen. Die militärische Besetzung eines so wichtigen Gebietes ist immer nicht nur eine gefährliche, sondern auch kostspielige Sache. Das militärische Kontingent, das dann zu diesem Zwecke gebraucht wird, würde so und so viele Arme weniger für die Industrie bedeuten, und übrigens, wie können das Ruhrgebiet nicht besetzen, können aber die deutschen Grubenarbeiter nicht hindern, zu streiken. Es steht jedenfalls fest, daß die nächsten Tage wichtige Entscheidungen bringen werden.

Das „Echo de Paris“ telegraphiert: Der Versuch, die Deutschen dazu zu führen, den Friedensvertrag ohne Widerstand auszuführen, könne kein befriedigendes Ergebnis zeitigen. Es sei wahrscheinlich, daß die Alliierten noch zwei bis drei Tage warten, ehe sie eine Entscheidung fassen. In der Zwischenzeit könnte neue die militärische Lage, nämlich im Hinblick auf die Ereignisse, die sich in Polen abspielen, geprüft werden. Auf die Erklärungen von Dr. Simons wäre eine Antwort nötig gewesen. Die Unterbrechung der Konferenz, die Vertagung der Militärkardes — man wisse, was das sagen wolle —

„Welt“ berichtet: Spontan hat der englische Premierminister dem französischen Ministerpräsidenten erklärt, daß England die Bedeutung, die die Kohlenfrage für Frankreich habe, anerkennt und daß er bereit sei, ohne Vorbehalt, den französischen Standpunkt in dieser Frage fest und entschlossen zu stellen und zu unterstützen. Die Lage sei offiziell so: Noch keinbruch. Die Konferenz dauert an, aber die Sitzungen sind unterbrochen, um den Alliierten zu gestatten, die Lage zu prüfen.

„Humanité“ sagt: Das Wort hat Foch. Die bürgerlichen Blätter dürfen im Chorus die Besetzung des Ruhrgebietes verlangen. Die Aera von Frankreich habe nicht genügt. Man bestimme sich in einer neuen Offensive der Militärpartei gegenüber, die zu sehr schweren Folgen führen könne.

Der „Matin“ korrespondent sagt: Reicher als Frankreich an Kohlen kann Deutschland, wenn es seine Industrie wieder in Betrieb gesetzt hat, über Frankreich eine unantastbare Suprematie erlangen. Die Wirkung des französischen Krieges hätte abzuwachen aufgehört und Deutschland hätte seine Bedange, ohne einen Mann zu mobilisieren.

Verschiedene Blätter melden von einem Ultimatum, das der deutschen Delegation von Seiten der Alliierten in Spa mitgeteilt worden sei, und in dem die deutsche Entscheidung auf den letzten Vorschlag der Entente in der Kohlenfrage innerhalb 24 Stunden bei einer zweifelhafte Wartezeit zu geben sei. Die Mitteilung sei von der Drehung der Besetzung des Ruhrgebietes begleitet.

### Cäbeltrassen.

#### Beratungen mit Foch.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Spa, daß Marschall Foch um 11 Uhr vormittags dort eingetroffen ist und zusammen mit Marschall Wilson bis 1 Uhr mit den alliierten Staatshauptern beraten hat.

Spa, 14. Juli. Das amtliche Komunique des Verbandes lautet: Eine Versammlung der alliierten Bevollmächtigten fand heute von 12 bis 3 Uhr statt in Gegenwart des Marschalls Foch. Marschall Wilson war nicht anwesend. Die Fortsetzung der Beratungen wurde vertagt, um einen vorhergehenden Meinungsaustausch zwischen allen militärischen Sachverständigen zu ermöglichen. Das Einvernehmen unter den Alliierten ist vollkommen.

Spa, 14. Juli. Weiter vorbereitet folgende Meldung: Die Alliierten kamen heute Vormittag 12 Uhr zusammen. Die Generale Foch und Maglin erläuterten Bericht über die militärische Lage. Darauf wurde die Zusammenkunft um 6 Uhr unterbrochen. In der Zwischenzeit hat kein Verkehr mit den Deutschen stattgefunden und es scheint, daß der Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorsteht, und daß die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen werden. Die italienischen und englischen Generale werden heute abend eintreffen.

#### Die Arbeiter haben auch ein Wort mitzureden.

Berlin, 14. Juli. Aus dem Ruhrgebiet laufen bei den Berliner maßgebenden Stellen fortgesetzte Nachrichten darüber ein, daß die Bergarbeiter im Ruhrgebiet unter keinen Umständen eine Besetzung des Ruhrgebietes durch Entente-Truppen dulden werden. Die Bergarbeiterverbände erklären, daß sie im Falle eines Einmarsches der Entente unverzüglich den Generalstreik proklamieren werden.

In einer gestern in Essen abgehaltenen Sitzung der Arbeitnennungsgruppe der Arbeiterkammer im Ruhrbergbau wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der gegen ein Ultimatum der Entente in der Kohlenfrage protestiert wird. Über den Fortsetzungen der Entente steht das Recht der Arbeiter nicht preisgeben, selbst wenn die deutschen Vertreter sich hagen würden. Der Bergarbeiterverband erklärte sich in einer Konferenz, in der Foch über die Vorgänge in Spa Bericht erstattete, mit der Haltung der Bergarbeiterlegierten in Spa einverstanden. Foch sandte an den Minister Dr. Simons ein Telegramm, in dem er die zunehmende Unruhe der Bergarbeiter, wiedereherberichten zu befehlen, begründet mit der schlechten Ernährung und besonders mit den Nachteilen aus Spa, daß Zwangsmaßnahmen gegen das Ruhrgebiet erörtert würden.

Essen (Ruhr), 14. Juli. Der Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter erklärt in seinem Organ „Der Bergarbeiter“ nachfolgende Erklärung:

Die Verhandlungen in Spa nehmen eine Wendung, die unter den Bergarbeitern die größte Erregung hervorzubringen muß. Die Forderungen der Entente laufen hinaus auf eine Gefährdung der gegenwärtigen, in langen und schweren Kämpfen erzwungenen Stellung der Bergarbeiter und drohen diese in ihren Grundrechten zu erschüttern. Sie laufen ferner hinaus auf eine Solidarität der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands, ja mehr noch die Durchbrechung der internationalen Verbindungen zwischen den Bergarbeitern aller Länder. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß die Bergarbeiter Deutschlands über ihre Kräfte hinaus arbeiten, ihre Gesundheit über die Maßes aufs Spiel setzen und ihr Leben unverantwortlich verfürigen sollen, im Dienste kapitalistischer Interessen des Auslandes, während gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse durch Rangel an Kohlen hinfällig gemacht wird. Von dieser Stellungnahme werden sich die deutschen Bergarbeiter auch nicht durch das dargelegte Zwangsrecht der erhöhten Lebensmittelpreise abbringen lassen. Man hat man im Ernst, daß man die Bergarbeiter des Ruhrgebietes nicht weichen könne, während die unter einem Dach mit ihnen wohnenden Arbeiter anderer Berufe weiter hungern müssen?

Die Frage der Arbeitszeit der Bergarbeiter ist auch längst über das Stadium einer nationalen Frage hinaus. Vor dem Krieg bestanden internationale Interessen der Arbeiter über die Arbeitszeit. In diesem Prinzip der internationalen Verantwortung über die Arbeitszeit im Bergbau lassen die Bergarbeiter in der gegenwärtigen Lage nicht rücken. Es läge geradezu ein Verrat an der internationalen Bergarbeiter-Solidarität vor, wenn Deutschland, das Land mit der dichtesten Kohlenproduktion der Welt, sich jetzt von kapitalistisch organisierten Kreisen des Auslandes, insbesondere Frankreichs eine erhebliche höhere Arbeitszeit diktieren lassen sollte, als die übrigen Bergarbeiter der Welt sie anzuwenden gewohnt sind. Wegen eines solchen Verlusts legen wir den schärfsten Protest ein und haben bereits, daß auch die Bergarbeiter der ganzen Welt sich diesem Verbrechen anschließen werden. Die Bergarbeiter haben nicht aus so weichen Dohlgelächit, daß sie sich von den Forderungen der Entente ablassen ihre Rechte nehmen und sich Sklaverei im Dienste fremder Kapitalisten anzugewöhnen lassen werden.

#### Beratungen der deutschen Kabinettsmitglieder.

Spa, 14. Juli. Die hier anwesenden Kabinettsmitglieder hatten heute eine längere Beratung mit den Finanz- und Kohlenfachverständigen. Im Anschluß daran fand eine Sitzung des Kabinetts statt. Heute Abend tritt das Kabinet zu einer neuen Sitzung zusammen.

#### Nachbarn der Entente in den Besatzungskosten?

Brüssel, 15. Juli. Die Blätter melden, daß die Friederatskommission nach Prüfung der deutschen Besatzungskosten der deutschen Gebiete die von den Deutschen in Ausführung des Friedensvertrages zu zahlende Summe auf sieben Franken pro Tag und Soldat festgesetzt habe.

#### Vertrauensvotum in Württemberg.

Stuttgart, 14. Juli. Bei der heutigen Abstimmung im Landtag wurde der Regierung das Vertrauen mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums und der deutschen Volkspartei ausgesprochen gegen die Stimmen der Unabhängigen, Bürgerpartei und Bürgerbund entbieten sich der Abstimmung. Ein Mißtrauensvotum der Unabhängigen wurde mit 74 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

#### Russisch-polnischer Krieg.

##### Die polnische Note an die Entente.

Kopenhagen, 14. Juli. „National Tidende“ meldet aus Washington, daß der polnische Minister des Auswärtigen auf Beschluß des Rates für die nationale Verteidigung folgende Note an die Konferenz in Spa gerichtet habe: Polen kämpft für die Sicherheit seiner Selbständigkeit und für die Vereinigung mit den Gebieten, die sich nicht vom Mutterlande trennen wollen. Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen auf der Grundlage, daß das Selbstbestimmungsrecht in den zwischen Polen und Rußland liegenden Gebieten durchgeführt wird. Die polnischen Truppen können ganz Europa gegen die Welle des Bolschewismus. Und wenn dieser Wall einmal zusammenbricht, befindet sich ganz Westeuropa in Gefahr. Die polnische Nation, in erblicher Kraftanstrengung und solidarisch in allen Bevölkerungskreisen, erhebt sich, um ihre Grenzen zu verteidigen. Wenn Polen gezwungen wird, den Kampf fortzusetzen, muß es die moralische und materielle Unterstützung der Alliierten erhalten.

Amsterdam, 13. Juli. Die „Times“ melden, daß der Sowjetregierung sieben Tage Zeit gegeben wurde, um auf die am letzten Samstag telegraphierte Note der englischen Regierung betreffend den Waffenstillstand mit Polen zu antworten. Antwort aus Moskau wird nicht vor Freitag erwartet.

Konow, 13. Juli. In dem polnischen Heeresbericht wird mitgeteilt: Nach schweren Kämpfen hat der Feind Mißsicht besetzt. Der Kampf dauert südlich und südöstlich Mißsicht noch an. In der Gegend von Konow verhält sich der Feind nach seiner Niederlage vom 12. ds. Mts. passiv.

#### Britischer Gewerkschaftskongress.

London, 13. Juli. Der heute in Westminster abgehaltene Gewerkschaftskongress, der besonders die Aufgabe hat, die Haltung der britischen Gewerkschaften gegen Irland und Rußland zu erwägen, nahm eine vom nationalen Eisenbahnerverband eingebrachte Resolution an, in der zu einem Waffenstillstand zwischen den irischen Parteien aufgefordert wird, damit Nord und Verbrennen ein Ende finden. Ferner fordert die Resolution die Zurückziehung der britischen Armee aus Irland und verlangt, daß die Regierung ein irisches Parlament einsetze, wenn ein solcher Waffenstillstand hergestellt sei. Weiter nahm die Konferenz eine Resolution des Bergarbeiterverbandes an, in der eine Abstimmung der Gewerkschaften über die Frage des Generalstreiks empfohlen wird, falls die englische Regierung nicht die englischen Truppen aus Irland zurückziehe, und die Herstellung von Munition für den Gebrauch gegen Irland und Rußland nicht einstelle.

#### Munhen in Triest.

Mailand, 14. Juli. Die Blätter melden, daß es in Triest zu schweren Unruhen gekommen ist. Es fanden Demonstrationen statt, wobei es zahlreiche Opfer gab. Die Demonstranten durchzogen unter Abführung italienischer und österreichischer Väter die Straßen. Das jugoslawische Konsulat und verschiedene jugoslawische Geschäftshäuser wurden geplündert, und die Gebäude heruntergerissen. Die Menge kirmte das Hotel Ostall und setzte es in Brand. Das Hotel ist vollständig wiedergebrannt. Bis jetzt zählt man 3 Tote und 30 Verwundete. Am gleichen Abend war die Ruhe wiederhergestellt.

#### Der Abstimmungspegel im Osten.

Das Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen ist über alle Maßes glänzend, für die Entente allerdings bescheiden. Denn es zeigt, wie unwillig und uninformiert über die ethnographische Zusammensetzung und den Volkswillen in den Abstimmungsgebieten von Versailles abgestimmt wurden, die das Friedensdiktat von Versailles fabriziert haben. Jetzt wird es der Entente selber leid tun, daß sie auf die polnischen Schwindereien hereingefallen ist und sich hat vorreden lassen, daß die preussischen Abstimmungsgebiete nicht zu Deutschland gehören sollten und sich zu den Polen herüberrechnen. Die polnischen Stimmen — namentlich in dem weit größeren ostpreussischen Abstimmungsgebiet — sind so verschwindend, daß auch der vorerwähnten hinterher wird befürchten müssen, daß hier eine Volksabstimmung überhaupt nicht notwendig oder am Platze gewesen ist.

Umso deutlicher werden wir daran gemahnt, daß die Volksabstimmung dort unterlassen wurde, wo sie wirklich hätte stattfinden müssen: nämlich in den bedingungslos an Polen abgetretenen Gebietsteilen von Westpreußen und Posen. Die Fiktion des Verloirer Diktats, daß in diesen Teilen eine Abstimmung nicht nötig sei, weil die Bevölkerung fast klar zu Polen hinneige, wird durch das Ergebnis der jetzigen Abstimmung in Ost- und Westpreußen glatt zu Boden geschmettert. Denn wie hier der polnische Anektionismus die von der Abstimmung erwartete Niederlage erlitt, so leuchtet ein, daß in den Nachbargebieten eine Volksentscheidung wahrscheinlich auch ein ganz anderes Resultat gebracht hätte, als der Verloirer Frieden es stillschweigend voraussetzt. Die bedingungslos abgetretenen Gebiete an Polen, wie sie der Vertrag uns auferlegt, kennzeichnen sich als glatte Brutalität des Siegers, der es auf das gefährliche Experiment der Volksentscheidung nicht ankommen lassen wollte, weil er mit Recht befürchtete, daß diese seinen Wunsch Polen möglichst weite Teile deutschen Gebietes zuzunehmen, berechtigt und die Abtrennung dieser Gebiete als glatten Gewaltakt der Welt entbillen würde.

Die internationale Sozialdemokratie als Hüterin des Rechtsgedankens bei der Grenzziehung zwischen den Staaten und Nationen hat daher die Pflicht, immer wieder hierauf hinzuweisen und die Revision des Friedens von Versailles durch Volksabstimmung in allen Gebieten zu fordern, die durch den Frieden ihre staatliche Zugehörigkeit gewechselt haben. Wir leugnen gar nicht, daß ein Teil des abgetretenen Gebietes im Osten auch bei einer Volksabstimmung sich wahrscheinlich für Polen entscheiden würde, aber sicherlich würden sehr umfangreiche Gebiete auch den klaren Wunsch der Bevölkerung erkennen lassen, bei Deutschland zu bleiben, bzw. zu Deutschland zurückzukehren. Nicht nur die deutsche, die gesamte internationale Sozialdemokratie muß daher zu einem Programmpunkt die Forderung erheben: Nachholung der Volksabstimmung in den von Deutschland abgetretenen Gebietsteilen Westpreußens und Posen.

Für die noch immer auf unbestimmte Zeit hinausgeschobene Abstimmung in Oberschlesien, die für unser gesamtes Wirtschaftsleben von äußerster Entscheidung ist, bedeutet das Ost- und Westpreussische Resultat einen guten Auftrieb. Die moralische Niederlage des polnischen Anektionismus dürfte dort ebenso stark wirken wie seine militärische Niederlage gegen Rußland. Es ist nur all zu verständlich, wenn die Polen jetzt die Abstimmung in Oberschlesien mit allen Mitteln zu hintertreiben suchen. Als Deutsche, wie als Sozialisten haben wir doppelte Ursache, ihre möglichst baldige Vornahme zu verlangen.

# Politische Uebersicht.

## Scheidemann über die sozialdemokratischen Parteien.

Im Berliner Abt. Abendblatt veröffentlicht Scheidemann einen Artikel „Demokratie oder Rätediktatur?“

„Es ist bekannt, daß die SPD im Interesse der Republik und der deutschen Arbeiter wiederholt in aller Öffentlichkeit die Hand zum Frieden geboten hat. Vergebens. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß von Ledebour und anderen seiner Freunde wiederholt erklärt worden ist: An eine Verständigung mit der SPD ist nicht zu denken, solange der und der, der Röske, der Gert und der Scheidemann dabei sind. Eine ähnliche Auslassung aus den Kreisen der SPD-Mitglieder der USPD gegenüber ist mir nicht bekannt geworden. Auch in dieser Beziehung ist die gesunde Vernunft auf Seiten der SPD. Ich will hier ganz persönlich sein. Wenn die deutschen Arbeiter zu einigen wären unter der Bedingung, daß Ledebour zum Ehrenmitglied ernannt ist aber dazu bereit wäre, dauernd auf der Zuspitze oder auf dem Ortler zu leben, so würde ich stillschweigend meinen Rucksack packen und der Arbeiterchaft Glück wünschen.“

Die geschlossene Front der Arbeiter herzustellen, ist ein Ziel, aufs Innigste zu wünschen. Um das Ziel zu erreichen, dürfte kein Opfer zu groß sein. Und was bedeuten Müller und Röske, Gert und Säulge, Lehmann oder ich in einer Millionenpartei? Vergleichen Sie mich überhaupt keine Opfer für die SPD. Und wer in der Politik etwa heute zutage noch von Dankeschreiben oder ähnlichen Scherzen reden wollte, sollte sich im Panoptikum oder im Luna-Park als Unikum sehen lassen. Für die Einheit also jedes Opfer — bis auf eins, nicht das Opfer der Heberzeugung! Und wir sind hier an dem Kreuzweg angekommen, wo wir die Wege verlassen: „Leber die Demokratie zum Sozialismus“ und „Rätediktatur“. Wir ringen nicht um Ledebour und Henke, sondern um die Demokratie. Ist es nicht möglich, die Arbeiter zu überzeugen, daß die Ledebour'sche Rätediktatur bestenfalls eine ungarische oder eine russische Episode, schlimmstenfalls eine fürchterlichste Unglück für die deutsche Republik und die deutsche Arbeiterchaft werden müßte, dann ist an eine Sammlung des deutschen Proletariats unter der Fahne, die uns Bebel und Wilhelm Liebknecht jahrzehntlang vorangetragen nicht zu denken. Die SPD gibt sich alle Mühe in sachlichen Kämpfen den Radikalen zu führen, das wir am schnellsten — und überhaupt! — nur über die Demokratie zum Sozialismus gelangen können.“

Der Artikel schließt mit folgender Warnung an die Parteiführer: „Ist die Arbeiterchaft auf dem Boden der Demokratie nicht zu vereinen, dann mögen die — anderen Lagen, denn sie werden dann immer zwei sozialistische Parteien gegen einander ausspielen und selbst gute Geschäfte dabei machen können.“

### Akademischer Mordanschlag.

Der Rektor und eine Deputation der Marburger Universität verstanden an die Presse eine Erklärung, in der sie sich voller Entrüstung gegen die Angriffe auf die Marburger Studenten beklagen. Trotz des Freispruches, so heißt es in der Erklärung, würden unter völliger Nichtachtung des Urteiles in Parlament und Presse fortwährend die maßlosesten Angriffe und Beschimpfungen gegen die Studenten gerichtet und die Marburger Universität geradezu als „Mörderzentrale“ bezeichnet. Weiter heißt es:

„Rektor und Deputation müssen dagegen die schärfste Verwarnung einlegen. So günstig die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung für die Angeklagten gewesen sind, so heißt die Universitätsbehörde verpflichtet, mit ihrem Urteil vor der Öffentlichkeit bis zur endgültigen gerichtlichen Entscheidung zurück zu halten.“

Der Ton, in dem diese Erklärung gehalten ist, spricht nicht gerade für den Wunsch zur Zurückhaltung, vielmehr ist er eine glühende Verteidigung der Marburger Arbeitermörder. Der Aufruf lautet es dann so hinzustellen, als hätten die Herren Studenten lediglich einen Befehl der Regierung ausgeführt als sie zur Erschießung der verurteilten 17 Gefangenen schritten. Das ist eine bewusste Unwahrheit. Es ist unmöglich

und in der bisherigen Rechtspraxis nicht da gewesen, die Regierung für Erzele der ihr untergeordneten Organe verantwortlich zu machen. Wir möchten die erregten Proteste des Direktors der Universität hören, wenn die kaiserlich-deutsche Regierung für jedes Verbrechen, das von einzelnen Soldaten in feindlichen Ländern verübt wurde, verantwortlich gemacht worden wäre. Worauf die ganze Erklärung hinausläuft, das ergibt sich mit unabweisbarer Klarheit aus dem Schlußsatze, der lautet:

„Daß unsere Studenten in der Stunde der Not diesem Rufe der Regierung in opferwilliger Hingabe gefolgt sind, dafür schulden wir ihnen nach wie vor nur Anerkennung und Dank.“

Die Marburger Verbrecher mögen auf diesen „allerhöchsten“ Dank stolz sein. Uns gewöhnliche Sterbliche berührt diese Verherrlichung des Mordmordes höchst widerwärtig und abstoßend und wir werden nicht ablassen, von unserem verfassungsmäßigen Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch zu machen und das dem Herrn Rektor und seiner Sippe so höchst erfreuliche Urteil auch weiterhin zu kritisieren.

### Auflösungen der monarchistischen Konterrevolution.

Der Generalstab des Kapp-Putsch ist über Bayern nach Ungarn übergeschifft, und nach Ungarn wurden zur Unterstützung der hoch- und landesverräterischen Bestrebungen schwarz-weiß-roter und schwarz-gelber Monarchisten massenhaft Waffen nach diesem Lande des weißen Terrors eingeschmuggelt. Ueber diesen Waffenanschlag sind erst jüngst österreichische Beschwörden in der Wiener „Arbeiterzeitung“ laut geworden.

In Ungarn hat sich die deutsche und österreichische Konterrevolution eine förmliche Organisation geschaffen. Ueber diese Tatsache berichtet uns folgendes Telegramm:

„Wien, 13. Juli. (Deutsche Tel.-Inf.) Wie hier verlautet befinden sich in Budapest gegen 200 reichsdeutsche Offiziere, die nach dem Kapp-Putsch nach Budapest geflüchtet sind. Sie haben sich in zwei Offizierskompagnien organisiert und beziehen ihr Offiziersgehalt von einem monarchistischen Fonds in Deutschland. Ebenso befinden sich in Ungarn in der Nähe der kroatischen Grenze nach wie vor eine starke Truppe österr. monarchistischer Offiziere, die aus einem ähnlichen Fonds bezahlt werden. Es ist also klar, daß Ungarn für die monarchistischen Staatskräfte in Mitteleuropa einen Waffenplatz bildet.“

Die im Reichstag eingebrachte sozialdemokratische Anfrage über den Waffenanschlag wird hoffentlich volles Licht über die hoch- und landesverräterischen Machenschaften deutscher und österreichischer Monarchisten verbreiten.

### Politische Meinungsfreiheit und Wirtschaftsleben.

Von Dr. S. Kampffmeyer, Karlsruhe.

Im Vordergrund der Prehangriffe, die gegenwärtig von allen Seiten gegen die Siedelungs- und Landbank und gegen die an ihrer Spitze stehenden Personen gerichtet werden, steht die Behauptung, Direktor Wetzler und ich hätten politische und zwar kommunistische Bestrebungen gefördert. Durch öffentliche Erklärungen ist diese Behauptung als völlig unwahr zurückgewiesen.

Diese Prehangriffe haben jedoch über ihre Tragweite für die Siedelungs- und Landbank und für die beteiligten Personen hinaus eine grundsätzliche Bedeutung für die Meinungsfreiheit des öffentlichen Lebens. Es sei mir deshalb gestattet, in aller Kürze darauf einzugehen.

In weiten Kreisen unseres Volkes wird die Vermengung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Bestrebungen als eine der wichtigsten Ursachen für den Niedergang unseres öffentlichen Lebens empfunden. Nur so ist es zu erklären, daß die m. e. im Einzelnen noch nicht durchgereiften Vor schläge für die Dreiteilung des sozialen Organismus in kurzer Zeit einen so überaus großen Kreis von Anhängern gefunden haben. Man mag sich aber auch zu diesen oder ähnlichen Bestrebungen ablehnen verhalten, darin sollten doch alle diejenigen, denen die Siedelungs- und die friedliche organische Entwicklung unseres politischen Lebens am Herzen liegt, übereinstimmen, daß jeder deutsche Staatsbürger das Recht haben muß, die seiner inneren Überzeugung entsprechende politische Meinung zu vertreten, gleichviel an welcher Stelle unseres wirtschaftlichen Organismus er sich betätigt, daß also die Art seiner Betätigung im Wirtschaftsleben ausschließlich von seinem Können, seiner Nützlichkeit und Zuverlässigkeit abhängig gemacht wird, nicht aber von seiner politischen Stellungnahme. Gehen wir von diesem Grundsatze ab,

so tragen wir in das Wirtschaftsleben Gesichtspunkte, die seinen Wesen fremd sind und führen ganz unnötige Meinungen und Bestrebungen herbei, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Betriebes schädigen und herabmindern.

Nach alledem könnte m. e. der Leitung der Siedelungs- und Landbank nur dann ein Vorwurf gemacht werden, wenn sie nicht wegen ihrer Geeignetheit, sondern mit Rücksicht auf den politischen Richtung gebracht und dadurch grundtätlich auf den Wert unsachliche politische Gesichtspunkte in die wirtschaftliche Tätigkeit hineingetragen hätte. Das wäre allerdings nach den bisherigen Ausführungen auch dann zu beanstanden gewesen, wenn Vertreter anderer politischer Richtungen z. B. Deutschnationale bevorzugt worden wären. Wie bereits festgestellt wurde, ist nicht in dieser Richtung geschehen, da weder Direktor Wetzler noch ich von der politischen Meinung der angeblich Geförderten Kenntnis hatten und sie außerdem keinerlei Einfluß auf ihre Einstellung und Förderung ausgeübt haben. Auf alle Fälle wäre es sehr erwünscht, wenn die im öffentlichen Leben stehenden Verantwortlichen zu dem hier erörterten Problem „Politische Meinungsfreiheit und Wirtschaftsleben“ recht bald grundsätzliche Stellung nehmen würden.

### Badische Politik.

#### Verstärkung der Wohnungsnot in Baden.

Seit dem 1. Januar 1914 wird in Baden in allen Gemeinden von tausend und mehr Einwohnern der Zugang an neuerbauten Wohnungen fortlaufend festgestellt. Aus dieser Feststellung ergibt sich daß in den Jahren von 1915 bis 1918 nach nicht ein Fünftel der Bauzeitigkeit des Jahres 1914 erreicht wurde. Nun hat allerdings die Einwohnerzahl in Baden in dieser Zeit kaum zugenommen, aber die Zahl der Haushaltungen ist beträchtlich gestiegen und zwar um 42000. Für Mannheim wurde festgestellt, daß die Zahl der Haushaltungen seit dem Jahre 1910 doppelt so stark wie die Zahl der Einwohner sich vermehrt hat. Die Wohnungsnot hat sich nicht nur durch die Zunahme der Haushaltungen verstärkt, sondern auch durch den großen Zustrom der Flüchtlingsfamilien aus Ost- und Westpreußen. Allein in Mannheim liegen etwa 6000 Wohnungssuchende vor, von denen rund 2000 aufgrund einer sehr genauen Prüfung als dringlich zu erachten sind. Um der Wohnungsnot zu steuern, greift man bekanntlich zu beschließlichen Mitteln. Allein durch den Ausbau von Dachgeschossen entstanden in Baden im Jahre 1919 2158 neue Wohnungen, durch sonstige bauliche Veränderungen 1859 und durch Baracken etwas über 1000. Es wäre jedoch verfehlt, so wie in einem der Karlsruhe'er Zeitung von zuständiger Seite geschilderten Artikel ausgeführt, anzunehmen, daß auf diese Weise auch weiterhin beträchtliche Mengen von Wohnungen beschafft werden können. Auf die Wohnungsrationierung wird man auch im Jahre 1920 nicht verzichten können, eine Verbreitung von der fürchterlichen Wohnungsnot, unter der Deutschland und in Deutschland Baden wohl mehr als irgend ein anderer Bundesstaat leidet, läßt sich nur auf dem Wege einer großzügigen und planmäßigen Neubautätigkeit erreichen. Mit Hilfe der für das Jahr 1919 verfügbaren Baukostenzuschüsse in Höhe von 62 Mill. werden im ganzen nur etwa 8000 Wohnungen fertig werden und die Zuschüsse von 42 Mill. Mark für das Jahr 1920 dürften infolge der inzwischen enorm gestiegenen Baukosten nur für halb so viele Wohnungen ausreichen.

#### Fagenschieß.

Das Unternehmen im Fagenschieß ist in letzter Zeit sehr oft der Gegenstand von Erörterungen in der Presse und auch recht bedenkl. Gerüchte gewesen, die Notizen, die der Verteilung und der Abwehr dienen, waren kaum von überzeugender Kraft. Es ist eine Unternehmung und Prüfung im Gange, deren Abschluß nach Möglichkeit beschleunigt wird. Ohne auf Einzelheiten heute einzugehen, die uns inzwischen bekannt geworden sind, glauben wir doch heute schon sagen zu können, daß kaum alle geschäftlichen Maßregeln und Anordnungen einer gründlichen und sachkundigen Prüfung werden stand halten können.

Das bisher bekannt gewordene Material scheint zu bestätigen, daß bei der geschäftlichen Leitung des Unternehmens Sachkenntnis und praktischer Witz nicht in dem hier besonders notwendigen Maße vorhanden sind. Wenn sich das Befundresultat bei im Gange befindlichen Prüfung und Unternehmung nicht ganz erheblich gegen die bisherigen Ergebnisse zum Weseren gestalten sollte, ist leider mit recht unangenehmen

### Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjew.

78  
Wassili Iwanowitsch wurde plötzlich kreidbleich. Ohne eine Wort zu sagen stürzte er in sein Kabinett und kam fast in demselben Moment mit einem Stiel Höllestein in der Hand zurück.

Balaroff wollte ihn an sich nehmen und das Zimmer verlassen.

„Um Gottes willen,“ sagte Wassili Iwanowitsch, „erlaube mir es selbst zu tun.“

Balaroff lächelte.

„Welche Passion für die Praxis!“

„Scherze nicht, ich bitte dich! Reiß mir deinen Finger.“

Die Wunde ist nicht groß. Zu ich dir auch weh?“

„Drücke noch fester; sei ohne Furcht.“

Wassili Iwanowitsch hörte auf.

„Was meinst du, Eugen, war' es nicht besser, sie mit glühendem Eisen auszubreimen?“

„Das hätte früher geschehen müssen. Jetzt wird das ebenjenernig nützen als der Höllestein. Wenn ich den Stoff in mich aufgenommen habe, gibt es kein Rettungsmittel mehr.“

„Wie... kein Rettungsmittel mehr...!“ brachte Wassili Iwanowitsch mit der größten Anstrengung heraus.

„Freilich nicht! Es sind schon mehr als vier Stunden, daß ich mich geschauten habe.“

Wassili Iwanowitsch drückte den Höllestein von neuem auf die Wunde.

„Sollte denn der Kreisarzt keinen Höllestein?“

„Nein.“

„Mein Gott! Wie ist das möglich! Ein Arzt hat nicht einmal Höllestein! Er muß unbedingt damit versehen sein.“

„Und wenn du erst seine Sametten gesehen hättest!“

sagte Balaroff und verließ das Zimmer.

Nächste Abends und des ganzen folgenden Tages erlann Wassili Iwanowitsch alle irdischen Vorwände, um in das Zimmer seines Sohnes zu kommen; und obgleich er seiner Wunde nicht einmal Erwähnung tat, so sah er ihm doch so fest in die Augen und beobachtete alle seine Be-

wegungen mit solcher Unruhe, daß Balaroff die Geduld verlor und fortzugehen drohte. Wassili Iwanowitsch verbrach sich nicht mehr zu ängstigen, um so mehr, als Arina Maslawna, der er selbstverständlich alles verheimlicht hatte, ihn unaufhörlich fragte, warum er die ganze Nacht nicht geschlafen und überhaupt so aufgeregte sei. Ganze zwei Tage blieb er fest, obgleich das Aussehen seines Sohnes, den er fortwährend heimlich beobachtete ihm durchaus nicht gefallen wollte... Aber am dritten Tage konnte er nicht mehr an sich halten. Man war bei Tische, und Balaroff, der mit niedergeschlagenen Augen dasah, rührte keinen Bissen an.

„Warum ist du nicht, Eugen?“ fragte er, die gleichgültigste Miene von der Welt annehmend. „Das Essen schmeckt mir nicht überbitter.“

„Ich esse nicht, weil ich keine Lust habe.“

„Du hast keinen Appetit? Und der Kopf?“ sagte er kleinmütig hinzu, „tut er dir weh?“

„Ja. Warum sollte er mir nicht weh tun?“

Arina Maslawna wurde aufmerksam.

„Werde nicht böse, Eugen, ich bitte dich,“ fuhr Wassili Iwanowitsch fort, „aber wollest du mir wohl erlauben, dir den Puls zu fühlen?“

Balaroff stand auf.

„Ohne daß du mir den Puls fühlst will ich dir sagen, daß ich Hitze habe.“

„Und hoffst du auch Frost gehabt?“

„Ja. Ich werde mich etwas legen. Schickt mir Lindenblütente. Ich muß mich erkälten haben.“

„Darum also hab' ich dich diese Nacht husten hören,“ jagte Arina Maslawna.

„Ich habe mich erkältet,“ wiederholte Balaroff und entfernte sich.

Arina Maslawna begann den Lindenblütente zu bereiten, Wassili Iwanowitsch aber ging in das Nebenzimmer und raufte sich stumm die Haare.

Balaroff blieb den ganzen Tag im Bett und verbrachte die Nacht in einem Zustande dumpfer, ermattender Schläfrigkeit. Als er gegen ein Uhr morgens mit Mische die Augen aufschlug, gewahrte er beim Schein der Nachtlampe am Kopfende des Bettes das blasse Gesicht seines Vaters; er hat ihn sich zurückgezogen. Der Kreis geborchte, kam

aber sofort auf den Behen wieder ins Zimmer und fuhr, hinter der halbgeschlossenen Tür eines Schrankes versteckt, fort, seinen Sohn unterwacht zu beobachten. Auch Arina Maslawna legte sich nicht zu Bett; sie kam alle Augenblicke an die Tür des Zimmers geschlichen, um zu hören, „wie Enjuschka atmet“ und zu sehen, ob Wassili Iwanowitsch noch auf seinem Posten sei. Sie gewahrte nur seinen gekrümmten, unbeweglichen Rücken; aber auch das gewahrte ihr schon eine Erleichterung. Gegen Morgen verjuchte Balaroff aufzustehen; aber er wurde von einem Schwindel ergriffen, dem bald Nasenbluten folgte; er mußte sich sofort wieder zu Bett legen. Wassili Iwanowitsch war ihm schweigend beihilflich. Arina Maslawna trat zu ihm und fragte, wie er sich fühle. „Es geht besser,“ antwortete er und lehrte sich nach der Wand um. Wassili Iwanowitsch winkte seiner Frau mit beiden Händen sich doch zu entfernen; sie biß sich auf die Lippen, um nicht zu weinen, und ging hinaus.

Das ganze Haus schien sich mit einem Male verfinstert zu haben; alle Gesichter hatten sich verlängert; überall herrschte eine seltsame Stille, sogar im Hofe; ein etwas lauter Gahn wurde ins Dorf verbannt — er konnte lange nicht begreifen, warum man zu dieser strengen Maßregel geschritten war. Balaroff blieb im Bett, das Gesicht zur Wand gekehrt. Wassili Iwanowitsch richtete mehrmals das Wort an ihn, aber seine Fragen erwiderten den Kranken, und so blieb der Kreis regungslos in seinem Sessel und rang nur von Zeit zu Zeit die Hände. Er ging auf einige Augenblicke in den Garten und stand dort unbeweglich wie eine Bildsäule; er schien von einem unglücklichen Erlaunen erfaßt (der Ausdruck des Erlaunens war überhaupt nie von seinem Gesicht gewichen); dann kehrte er zu seinem Sohne zurück, wobei er sorgfältig seine Frau zu meiden suchte. Endlich glückte es ihm, seine Hand zu fassen und in einem kramphastigen fast drohenden Tone fragte sie: „Was fehlt ihm denn?“ Um sie zu beruhigen verjuchte er zu lächeln; aber zu seinem eignen Schrecken entfuhr ihm statt des Lächelns ein schallendes Gelächter. Zum Arzt hatte er schon früh morgens geschickt. Er hielt es für ratsam, seinen Sohn davon in Kenntnis zu setzen, damit er ihm nicht in Gegenwart seines Kollegen Vorwürfe mache.

(Fortsetzung folgt.)

Zusammen zu rechnen, die natürlich dann von gewisser Seite nicht nur gegen die in Frage kommenden Personen, sondern vor allem gegen die dem Unternehmen zugrunde liegende gute und wertvolle Idee ausgeglichen werden. Daß solche Unternehmungen in besonders hohem Maße von der glücklichen Auswahl der mit der Ausführung betrauten Personen in ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeit abhängig ist, bedarf keiner näheren Darlegung. Glück und Unglück bei der Auswahl der Personen auf diesem neuen Gebiete liegen sehr nahe beieinander.

Daß die so ziemlich aus ganz Deutschland zusammengewogenen Elemente, die einen Teil der auf dem Gangeschieb Beschäftigten bilden, dem Ansehen und dem Fortschritt des Unternehmens nicht immer gerade förderlich gewesen sind, kann wohl ruhig ausgesprochen werden. Sie haben ein etwas sehr beschauliches, aber ziemlich wild-freies Leben eingeatmet, bei dem nicht gerade hohe Exempel der Weislichkeit eine Rolle gespielt haben.

Wir glauben versichern zu können, daß von der zuständigen Regierungsstelle aus die Unterjochung der gegen das Gangeschiebunternehmen gerichteten Vorwürfe und Behauptungen mit allem Nachdruck gefördert wird, wie man an der zuständigen Stelle auch von Anfang an entschlossen war, rücksichtslos durchzugreifen, wenn Material und Tatsachen das gebieten. Ebenso wird dem Landtag selbstverständlich in reiflicher Offenheit volle Aufklärung gegeben werden, ohne jede Rücksicht auf Personen oder Vorgänge. Gerade bei der zuständigen Regierungsstelle ist man sich der Pflicht bewußt, allen nachgewiesenen Mängeln rücksichtslos entgegenzutreten und vorgelagerte Mißgriffe ohne jede Beschränkung auch dem Landtag mitzuteilen. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags verlangt selbstverständlich gleichfalls energisches Einschreiten, wo es geboten ist und unerbüllte Aufklärung.

**Zum neuen Besoldungstarif**

Schreibt uns ein Beamter: Die von den einzelnen Behörden gemäß dem vom Landtag genehmigten Besoldungstarif vorgenommene Verteilung der Beamten auf die verschiedenen Gruppen und die hiernach angeforderte Stellenanzahl hat seitens des Staatsministeriums zu allgemeinem Verdruss nicht die bestimmt erwartete Billigung gefunden, und zwar sollen hierbei angeblich wieder „Sparmaßregeln“ ausschlaggebend gewesen sein. Mit Recht sind denn auch zahlreiche Beamten aller Gruppen über ein derartiges Verfahren empört. Die Beamten haben gehofft, daß die Staatsregierung in gerechter Würdigung der Leistung und des in wohlverstandenem dienstlichen Interesse befundenen Wohlwollens der einzelnen Behörden für ihre Beamten, diesen die Vorteile des Besoldungstarifs in vollem Umfange zu Teil lassen würde.

Statt dessen wählt man die schlechte Finanzlage des Staates vor, um die Beamten abermals empfindlich zu schädigen und zurückzuwerfen. Hat man aus den Wirklungen des unglücklichen 1908er Tarifs der Vera „Honnelt“ wirklich gar nichts gelernt? Wenn z. B. in den einzelnen Gruppen kein Unterschied gemacht werden soll, zwischen älteren in gehobenen Stellen befindlichen und jüngeren planmäßigen Beamten und ihren tatsächlichen Befähigungen und Leistungen, so hätte es der ziemlich zweifelhaften Bestimmungen des Besoldungstarifs eigentlich nicht bedurft, daß diese durch die ganz unverhältnißmäßige Stellungnahme des Staatsministeriums in ihrer beabsichtigten Wirkung z. T. illusorisch gemacht.

Anstatt durch weitgehendste Anwendung der Tarifbestimmungen endlich einmal zufriedene Beamten zu schaffen, wird die Staatsregierung eine Menge berechtigter Beschwerden über sich ergehen lassen, als die Folgen ihrer Handlungsweise, die selbstverständlich Unzufriedenheit unter den Beamten aller Kategorien zeitigen muß. Die Erfahrung sollte aber gelehrt haben, daß mit unzufriedenen Beamten der Dienst nicht leidet. Die Beamten erwarten daher von der Staatsregierung, daß sie ihren auf falschen Voraussetzungen beruhenden und in völliger Verkennung der Sachlage gefassten Beschluß umzulegen aufhebt und die Gruppierung aller Beamten unter entschiedener Wahrung der Tarif- und Ausführungsbestimmungen gemäß den auf tatsächlichen Verhältnissen begründeten Einzelanträgen der Behörde nachträglich gutheißt.

Die augenblickliche Gruppierung läßt eine auf reiner Willkür beruhende Arbeit erkennen, die weder im Interesse der Behörden, noch in dem der Beamten liegt, vielmehr eine vorzugsweise Berücksichtigung gewisser Ministerialstellen darstellt, die es verstanden haben, ihr eigenes Personal in offener Vorzeitigkeit

Kennntnis der einschlägigen Bestimmungen entsprechend dienlich zu verwenden und analog zu gruppieren.

(Innerhalb der einzelnen Besoldungsgruppen wieder Unterschiede zwischen älteren in gehobenen Stellen befindlichen und jüngeren planmäßigen Beamten zu machen, geht u. E. nicht an. Das würde letzten Endes bald wieder zu dem früheren Gehaltstarif mit 78 Klassen führen. Durch Anwendung des Besoldungsdiensalters innerhalb der einzelnen Gruppen wird ja den dienstälteren Beamten ohne weiteres der Bezug höherer Gehaltsklassen gegenüber früher naturgemäß vereinzelt werden mit sich; man darf aber nie die Grundtendenz des neuen Besoldungstarifs, den Massen der Beamten ein Existenzminimum zu sichern, außer Acht lassen. Die Red.)

**Der Abau der Zwangswirtschaft.** Das Ministerium des Innern hat die Kommunalverbände ermächtigt, vorläufig von einer weiteren Durchführung der Zwangswirtschaft bei Kartoffeln, Getreide, Schmalz und Fleisch, Fetten, Tabak, Glas, Hanf abzugehen. Aufrecht erhalten bleiben unter anderen die Schmalzverbote. Dringend nahe gelegt wurde den Kommunalverbänden, alle Kraft und Sorgfalt fünftighin der Erfassung des Getreides und der Milch zu widmen. Von den Landwirten wird erwartet und verlangt, daß sie hinsichtlich der beiden genannten wichtigen Lebensmittel ihre Ablieferungspläne reiflich erfüllen, nachdem ihnen dafür auskömmliche Preise zugestimmt sind.

**Der Landtag in Oettingen.** Eine größere Anzahl der Landtagsabgeordneten besuchte am Nachmittag des Mittwchs die Zell-Aufführung auf der Naturbühne in Oettingen. Von der Regierung waren anwesend Staatspräsident Geiß, Finanzminister Köhler, Unterrichtsminister Hummel und Arbeitsminister Küderl. Auch die Vertreter der Presse und das Personal des Landtags waren eingeladen worden. Die außerordentlich klar besuchte Aufführung hinterließ den besten Eindruck. Präsident Köppl, wie auch Staatspräsident Geiß dankten Pfarrer Saier für die freundliche Einladung und hielten mit anerkennenden Worten über das Gesehene nicht zurück.

**Aus der Partei.**

**Gemeindevertreterkonferenzen.**

Am Sonntag, 18. Juli, nachm. 1 Uhr, findet in Durlach im „Ramm“ für den Unteragitationsbezirk Durlach eine Gemeindevertreterkonferenz statt. Genosse Meller-Rastatt wird einen Vortrag halten über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde“. Dazu sind die Gemeindevertreter freundlichst eingeladen. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

**in Gengenbach, 12. Juli.** In der gestrigen Parteiverammlung wurde auch über die Zwangswirtschaft eine lebhafte Debatte geführt. Die Redner waren der Ansicht, daß die Zwangswirtschaft zu untergraben sei, daß sie sobald als möglich aufgehoben werden müsse. Der Vertreter im Kommunalverbandsausschuß wurde beauftragt, dafür einzutreten, daß der Kommunalverband aufgehoben wird.

**Soziale Rundschau.**

**Die Betriebsräte in der Praxis.**

Das von der Nationalversammlung beabsichtigte Betriebsrätegesetz soll nun in die Praxis überführt werden. Dies dürfte aber nicht bei jedem Betriebsrat mit den nötigen Kenntnissen geschehen, da erstens die nötige Vorbildung fehlt und zweitens auch von den zuständigen Instanzen nicht schnell genug Aufklärung geschaffen wurde. Sind wir endlich und fagens gleich vorweg. Wer wurde Betriebsrat? Nicht immer derjenige, der das geistige Zeug dazu hatte, sondern vielfach auch solche, die sich nicht radikal gebärdeten und den Weberarbeitern den Himmel im Vertriebe vormalten. Verschließen wir uns der Tatsache nicht, daß in dieser Sache noch viel gelernt werden muß, deshalb ist so schnell als möglich die Bildung von Bezirksarbeitsräten, ebenso Einrichtung von Kurzen usw. erforderlich. Diese Räte haben manchemal nicht nur tüchtige Kaufleute als Direktoren vor sich, sondern sogar speziell für diesen Zweck eingestellte Juristen, Fabrikanten und andere studierte Betriebsvertreter. Daß es dann kein leichtes ist, die beschriebenen, den Aktionären oder Fabrikanten in ihren Geldbad greifenden Maßnahmen zugunsten der Arbeiter zu regeln, ist jedem klar. Um über diese schwere Hindernisse hin-

wegzukommen, empfehle ich zur Selbstausbildung das Buchlein „Der Betriebsrat“ von Fr. Kleis, Arbeitersekretär in Halle a. S. Im Betriebsrätegesetz liegt vieles verborgen, das uns in den Stand setzt, mit Energie und Kraft, verbunden mit partei- und gewerkschaftlichen Kenntnissen, das von den Unabhängigen so verschämte Geseh zum Vorteil für die Arbeiterjude zu gestalten. Voraussetzung ist allerdings, daß die ganze Arbeiterjude des Betriebs hinter dem Betriebsrat steht, was manchemal mangelt, besonders durch die Befestigung, die ein scharfes Vorgehen meistens ablehnen.

Der Auf nach einem Bezirksbetriebsrat d. h. zur Schaffung einer Centrale ist unbedingt notwendig, da in der Art der Handhabung des Gesetzes große Unterschiede vorhanden sind. Gibt es doch noch Betriebsräte, die kein Mitsprechen eine Räumlichkeit besitzen, in der der Vorstehende einige Stunden des Tages zu treffen ist. Aber es gibt auch müßiggelüste Einrichtungen. Wie notwendig Sprechstunden des Vorstehenden des Betriebsrats sind, sei an folgendem Beispiel dargestellt: Ein Arbeiter hat keinen festen Ort, d. h. keine Sprechstunde und so kann dieser Arbeiter hundlang herumlaufen und ist somit finanziell geschädigt. Auch giebt es die Waise des Meisters oder sonstigen Betriebsvertreter auf sich, was einem als Arbeiter nicht imponiert. Aber auch der Vorstehende hat seinen Vorteil davon, wenn er z. B. Einzel- oder auch Gruppenarbeit hat, denn dann ist er auch benachteiligt, oder seine Mitarbeiter. In einem großen Betriebe ist es unbedingt notwendig, einige Bürotunden zu haben, die allerdings vom Arbeitgeber bezahlt werden müssen.

Noch eine wichtige Sache wäre zurzeit die, den Erlaß des Demobilisationskommissars zur Durchführung zu bringen, nämlich die Freimachung von Arbeitsstellen. Stellen doch in vielen Betrieben, zum Teil auch großen staatlichen Verkehrranstalten, Selbstverfänger und Verfertiger, die bald alle mit sehr wenigen Ausnahmen, insofern sie nicht unerreichbar sind, entlassen werden müßten. Wird hier nicht bald Remedur geschaffen, so artet es zur Katastrophe aus, und die Arbeitslosen greifen zur Selbsthilfe. Hier ist ein Arbeitsfeld für die Betriebsräte, insofern sie nicht selbst in diese Kategorie fallen, was sehr häufig der Fall sein wird. Haben wir doch im Nassauer Bezirk trotz großer Bemühung des Herrn Schl. in Nassau eine große Zahl Arbeitsloser, die aber auf ein sehr bescheidenes Minimum heruntersetzt werden könnte, wenn die nötige Einsicht gewisser Instanzen, darunter auch mancher Betriebsräte, vorhanden wäre. Ich glaube sogar, daß wenn nach dem Erlaß des Demobilisationskommissars verfahren würde, in unserem Bezirk nicht ein einziger Notstandsarbeiter vertrieben oder Erwerbslosenunterstützung beziehen müßte. Man muß auch solche Fälle prüfen, in denen einer für unerreichbar gehalten wird, obwohl er vielleicht eine Arbeit verrichtet, in die ein anderer sich in Stunden oder wenigen Tagen einarbeitet. Oder sollte gar noch die bekannte „Schmiede“ mit Naturalien funktionieren, so wäre es sehr zu beurteilen, sich in dieser Zeit auf solche unheile Art zu halten, wo es ein Heer von Arbeitslosen gibt, die auf den Verdienst beim Arbeiterberuf angewiesen sind, wozu es viele gibt, die ihre Beschäftigung in Privat- wie Staats- oder Reichsbetrieb als Nebenberuf anschauen und wenn sie nach Hause kommen, erst die Stubarbeit beginnt. Mit diesem Verbleib möchte ich zeigen, daß auch hier Schiebererley Platz geoffnen haben, die durch den Betriebsrat beseitigt werden müssen.

Und nun ihr Betriebsräte, heinamt, wo es noch nicht geschehen ist, mit emsiger und intensiver Arbeit um Böhle sämtlicher Arbeiter, aber verachtet die Arbeitslosen nicht, für die auch gesorgt werden muß. Wird das Betriebsrätegesetz vollumfänglich anwendbar, so bedeutet dasselbe in der Tat ein zu unterschätzendes Verkeim zur Verbesserung der sozialistischen Gesellschaft. E. S. Schmidt, Mechaniker, Riebsbüschl.

**Gründung der Weilanficht Kirchengemeinde.** Vor einigen Tagen ist die von der Landesberufungsbehörde Baden eingerichtete Weilanficht Kirchengemeinde bei Riebsbüschl eröffnet worden. Die Anficht inmitten der Tonenwohnungen, bietet Raum für ungefähr 60 Kranke, die an Tuberkulose der Knochen, der inneren Organe (mit Ausnahme der Lungen), an Blutarmut, Rheumatismus usw. leiden. Neben der Verarbeitung von Holz- und Tischlern werden Bestrahlungsarbeiten in ausgedehntem Maße Verwendung finden.

**Gemeindepolitik.**

Von der Partei zur Förderung des sozialen Glends. Bei der Magistratswahl in Lehe (Hannover) hatten es die Unabhängigen in der Hand, eine sozialistische Mehrheit in der Stadverwaltung zu bilden. Nach ihrer Fraktionsstärke im Bürgerparlament (Stadtvorordnetenversammlung) hätten den U.S.B. zwei Magistratsstellen zugestanden die mit den vier der Sozialdemokraten in dem in ganzen achtköpfigen Magistrat die absolute Mehrheit gebildet hätten. Die unabhängigen Kommunalpolitiker verzichteten aber darauf mit dem fadenbüchigen Grunde, daß sie zwar bereit seien einen rein sozialistischen Magistrat zu bilden, aber aus „Gruhmöglichkeit“ nicht in einen Magistrat eintreten könnten, in dem die bürgerlichen Parteien die Mehrheit gehabt hätten. Dabei müßten die U.S.B. nun genug, daß auch für die Magistratswahlen die Verhältnismäßigkeitsregel festgelegt ist, das Bürgertum aber gar nicht ausgeschaltet werden kann.

Die Unabhängigen im Leher Rathaus gingen aber noch weiter. Wenn sie schon nicht selbst zwei Magistratsvertreter stellen konnten oder wollten, so hätte es nahegelegen, dann wenigstens für die sozialdemokratische Liste zu stimmen, unerschrocken etwa als „kleineres Uebel“, um wenigstens so eine sozialistische Mehrheit zu sichern, da dann die beiden Sitze der Sozialdemokratischen Partei sicher zugewallen wären. Statt dessen trieben sie Obstruktion und entzogen der Wahlleitung nur zwei Posten, die sich nicht an dem Wahlakt beteiligten. Sie erzielten damit, daß unserer Partei nur ein Sitz zufiel. Der andere wurde durch die unabhängige List den Bürgerlichen zugewonnen.

Damit erhielt der Magistrat eine Zusammensetzung von fünf Sozialdemokraten zu fünf Bürgerlichen. Die Geseletheit, die Mehrheit für den Sozialismus zu erobern, wurde durch die Taktik der Unabhängigen verhindert.

**Kleine Nachrichten.**

Allenkirch, 14. Juli. Laut „Vollstätt“ wurde heute Nacht bei einem Zusammenstoß zwischen Deutschen und Polen in Weimitten bei Stabigotten ein Arbeiter auf der Stelle erschossen. Der Leber wäre aus Weimitten und zwei Arbeiter wurden durch Schüsse verletzt. Der Leber ist heute morgen seinen Verletzungen erlegen. Der Leber Nempa aus Weimitten soll der Täter sein.

Königsberg, 14. Juli. Die Kommission, die die Lösung des Landrats von Latocki unterrichtete, hat festgestellt, daß kein Nord vorliegt. v. Latocki ist wahrscheinlich von einem Jäger abgegebenen Schuß unglücklicherweise getötet worden.

Berth, 13. Juli. (Australien.) Dreitausend Beamte der Zivilverwaltung und die Lehrer streikten. Die Gerichte, 500 Schulen und 60 Postämtern sind geschlossen.

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

**Badisches Landestheater.**

Der „Eigenerbar“ am letzten Montag hatte ein volles Haus gebracht und, wenn man einiges Hängenbleiben im zweiten Akt abrechnet auch eine gute Aufführung. Franz Schwardt's Borintak hat sich sehr gemacht seit seinem ersten Auftreten in dieser Rolle. Er singt sie sehr klugvoll und geschmeidig, spielt dazu recht gewandt und gut operettenschönunghaft. Seine Saffi wurde von Elisabeth Friedrich der Scheidenden, mit prächtiger Stimmführung gefolgt; die hoch geschriebene Partie gelang über alles, sicherlich nicht geringe Erwartungen äußert gut. Olga Mertens-Leegeer erfreut sich jetzt einer gar lieblich warmen und musikalisch festgegründeten Sopranstimme und ist so sehr bei der Sache, daß ob ihrer Lebendigkeit der Wunsch nach weiterem Sehen und Hören in dieser Eigenschaft gewakt wird. In Eugen Kalbach hatte sie einen fangsündigen Partner. Otto Hans Norden hatte als Schweinefürst in Originalaufmachung wieder einen Sondereffekt.

Einen Abschied bedeutete dieser Abend: Dr. Hans Mohr, der musikalische Leiter der Aufführung geht von uns. Weshalb? — Mühsige Frage: Der Mann ist eine Persönlichkeit allerersten Ranges, also für Karlsruhe doch von vorherin gerichtet. Man sehe einmal das an, was der Künstler während seines kurzen hiesigen Aufenthalts geleistet hat und suche sich dabei klar zu machen was er hätte leisten können, — wenn, nun wenn eben die Karlsruhe Oper einem solchen Künstler die Möglichkeit freier Entfaltung gewährt hätte. An seine Tätigkeit im Konzertsaal wollen wir bei ihrem gewaltigen und nachhaltigen Eindruck gar nicht erst erinnern, hier sei die Rede von Mohr, dem Dirigenten. Und um den beneiden wir die Düsseldorf, zu denen er uns entleilt, wie wohl noch nicht oft in einem solchen Falle ein Reiden von Theaterstadt zu Theaterstadt ging. Nicht oft! Schon deshalb nicht, weil in jedem andern Falle ein Theater, soch einen Mann nicht nur angemessen und gebührend beschäftigt, nein, ihn gehalten und gehagt hätte, wie nur irgend einen. — Jedenfalls: Wir verlieren in Hans Mohr einen Künstler, der befähigt und bewisen gewesen wäre, künstlerische Zeiten höchster Art an unserer Bühne zu vollbringen. Er geht und wir können ihn nicht halten. Uns bleibt in Wirklichkeit das Nachsehen. Der Kammermusiker Mohr aber wird, hoffen und wünschen wir, noch oft den Weg zu uns zurückfinden, — vielleicht, vielleicht aber auch einmal der Dirigent; denn eins weiß ich und wissen wir: seine harte Künstlerkraft hat sich in den 14 Monaten seines Hierseins einen Freundes- und Verehrer erworben, der Bandenkümpft, die mehr sind als bloße Erinnerung. f. l.

**Vollsbühne Karlsruhe.**

Freitag, den 2. Juli fand im kleinen Saal des Konzerthauses eine, von dem 1. Vorstehenden, Herrn Chefredakteur Walter Günther, geleitete, sehr stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins „Vollsbühne Karlsruhe“ statt. Laut Bericht über die Probe- und Versuchsmonate, den der Geschäftsführer, Direktor Hans Blum, erstattete, zählt der Verein 60 Organisationen mit über 10 000 Theaterbesuchern. Bisher wurde „Ophello“ vor 822 Personen neunmal und „Doktor Maus“ vor 924 Personen achtmal gespielt, denen im August nach den Ferien „Der Barbier von Sevilla“ mit derselben Besucherzahl folgen wird. Auf alle Fälle ein glänzender Resultat, das die höchsten Erwartungen übertrifft, und die Lebensfähigkeit des jungen Unternehmens unüberdeutlich beweist. Anschließend wurde dann der Organisationsplan für die erste ordentliche Spielzeit beraten. Dieser sieht eine Vermehrung der während eines Vierteljahres zur Aufführung gelangender Werke von drei auf vier vor, wobei drei (Schaus- und Lustspiele) im Konzerthaus und eines (Oper und Operette) im Landestheater selbst gegeben werden. Um möglichst vielen Mitgliedern den Besuch der Vorstellung zu ermöglichen, wird jedes Werk von jetzt ab neunmal, statt bisher achtmal gegeben und außerdem das ganze Haus für die Vollsbühnen-Vorstellungen gepachtet, so daß Nichtmitglieder keinen Zutritt mehr haben. Hierdurch wird eine kleine Steigerung der Eintrittspreise für den 1. Platz erforderlich. Auf dem Wege zum Einheitspreis, dem Ideal einer „Vollsbühne“ auf demokratischer Basis wird der dritte Platz abgeschafft, so daß nur noch 1. und 2. Platz bleiben. Dieser Beschluß erfolgt auf Grund lebhafter Meinungsäußerungen. Ebenso wurde lange über die Form geeigneter Einführungen in die einzelnen Werke beraten und beschlossen, daß dieselbe entweder durch kurze Vorträge oder den einzelnen Aufführungen oder aber durch kleine Aufführungen auf dem Theaterzettel erfolgen soll. Die Wahl der Methode wird von Fall zu Fall dem Vorstand überlassen.

Geplant sind weiterhin Konzerte mit gemischtem Programm zu billigen Einheitspreisen. Ueber das künstlerische Programm der Theateraufführungen wird f. l. berichtet. Eine Hauptfrage des Vereins ist, nachdem sich die artistischen und optischen Verhältnisse des Konzerthaus durch den Bühnenvorbau bedeutend gebessert haben die technische Unzulänglichkeit dieser Vorbühne, die dringend des Aus- und Umbaus bedarf, wenn sie überhaupt brauchbar werden soll. Die Veranlassung beauftragt den Vorstand deshalb, in diesem Sinne nachdrücklich bei der Stadverwaltung vorzulegen zu werden, vor allem auch die sofortige Ausführung des bereits als berechtigt anerkannten Umbaus zu verlangen, da eine Verschiebung auf spätere Jahre eine Lebensgefahr für die „Vollsbühne“ bedeutet.

1) Gemäß...  
2) Der...  
3) Der...  
4) Der...  
5) Der...  
6) Der...  
7) Der...  
8) Der...  
9) Der...  
10) Der...

11) Der...  
12) Der...  
13) Der...  
14) Der...  
15) Der...  
16) Der...  
17) Der...  
18) Der...  
19) Der...  
20) Der...

21) Der...  
22) Der...  
23) Der...  
24) Der...  
25) Der...  
26) Der...  
27) Der...  
28) Der...  
29) Der...  
30) Der...

31) Der...  
32) Der...  
33) Der...  
34) Der...  
35) Der...  
36) Der...  
37) Der...  
38) Der...  
39) Der...  
40) Der...

41) Der...  
42) Der...  
43) Der...  
44) Der...  
45) Der...  
46) Der...  
47) Der...  
48) Der...  
49) Der...  
50) Der...

51) Der...  
52) Der...  
53) Der...  
54) Der...  
55) Der...  
56) Der...  
57) Der...  
58) Der...  
59) Der...  
60) Der...

61) Der...  
62) Der...  
63) Der...  
64) Der...  
65) Der...  
66) Der...  
67) Der...  
68) Der...  
69) Der...  
70) Der...

71) Der...  
72) Der...  
73) Der...  
74) Der...  
75) Der...  
76) Der...  
77) Der...  
78) Der...  
79) Der...  
80) Der...

81) Der...  
82) Der...  
83) Der...  
84) Der...  
85) Der...  
86) Der...  
87) Der...  
88) Der...  
89) Der...  
90) Der...

91) Der...  
92) Der...  
93) Der...  
94) Der...  
95) Der...  
96) Der...  
97) Der...  
98) Der...  
99) Der...  
100) Der...

101) Der...  
102) Der...  
103) Der...  
104) Der...  
105) Der...  
106) Der...  
107) Der...  
108) Der...  
109) Der...  
110) Der...

111) Der...  
112) Der...  
113) Der...  
114) Der...  
115) Der...  
116) Der...  
117) Der...  
118) Der...  
119) Der...  
120) Der...

121) Der...  
122) Der...  
123) Der...  
124) Der...  
125) Der...  
126) Der...  
127) Der...  
128) Der...  
129) Der...  
130) Der...

131) Der...  
132) Der...  
133) Der...  
134) Der...  
135) Der...  
136) Der...  
137) Der...  
138) Der...  
139) Der...  
140) Der...

141) Der...  
142) Der...  
143) Der...  
144) Der...  
145) Der...  
146) Der...  
147) Der...  
148) Der...  
149) Der...  
150) Der...

151) Der...  
152) Der...  
153) Der...  
154) Der...  
155) Der...  
156) Der...  
157) Der...  
158) Der...  
159) Der...  
160) Der...

161) Der...  
162) Der...  
163) Der...  
164) Der...  
165) Der...  
166) Der...  
167) Der...  
168) Der...  
169) Der...  
170) Der...

171) Der...  
172) Der...  
173) Der...  
174) Der...  
175) Der...  
176) Der...  
177) Der...  
178) Der...  
179) Der...  
180) Der...

181) Der...  
182) Der...  
183) Der...  
184) Der...  
185) Der...  
186) Der...  
187) Der...  
188) Der...  
189) Der...  
190) Der...

191) Der...  
192) Der...  
193) Der...  
194) Der...  
195) Der...  
196) Der...  
197) Der...  
198) Der...  
199) Der...  
200) Der...

201) Der...  
202) Der...  
203) Der...  
204) Der...  
205) Der...  
206) Der...  
207) Der...  
208) Der...  
209) Der...  
210) Der...

211) Der...  
212) Der...  
213) Der...  
214) Der...  
215) Der...  
216) Der...  
217) Der...  
218) Der...  
219) Der...  
220) Der...

221) Der...  
222) Der...  
223) Der...  
224) Der...  
225) Der...  
226) Der...  
227) Der...  
228) Der...  
229) Der...  
230) Der...

231) Der...  
232) Der...  
233) Der...  
234) Der...  
235) Der...  
236) Der...  
237) Der...  
238) Der...  
239) Der...  
240) Der...

241) Der...  
242) Der...  
243) Der...  
244) Der...  
245) Der...  
246) Der...  
247) Der...  
248) Der...  
249) Der...  
250) Der...

251) Der...  
252) Der...  
253) Der...  
254) Der...  
255) Der...  
256) Der...  
257) Der...  
258) Der...  
259) Der...  
260) Der...

261) Der...  
262) Der...  
263) Der...  
264) Der...  
265) Der...  
266) Der...  
267) Der...  
268) Der...  
269) Der...  
270) Der...

271) Der...  
272) Der...  
273) Der...  
274) Der...  
275) Der...  
276) Der...  
277) Der...  
278) Der...  
279) Der...  
280) Der...

281) Der...  
282) Der...  
283) Der...  
284) Der...  
285) Der...  
286) Der...  
287) Der...  
288) Der...  
289) Der...  
290) Der...

291) Der...  
292) Der...  
293) Der...  
294) Der...  
295) Der...  
296) Der...  
297) Der...  
298) Der...  
299) Der...  
300) Der...

301) Der...  
302) Der...  
303) Der...  
304) Der...  
305) Der...  
306) Der...  
307) Der...  
308) Der...  
309) Der...  
310) Der...

311) Der...  
312) Der...  
313) Der...  
314) Der...  
315) Der...  
316) Der...  
317) Der...  
318) Der...  
319) Der...  
320) Der...

321) Der...  
322) Der...  
323) Der...  
324) Der...  
325) Der...  
326) Der...  
327) Der...  
328) Der...  
329) Der...  
330) Der...

331) Der...  
332) Der...  
333) Der...  
334) Der...  
335) Der...  
336) Der...  
337) Der...  
338) Der...  
339) Der...  
340) Der...

341) Der...  
342) Der...  
343) Der...  
344) Der...  
345) Der...  
346) Der...  
347) Der...  
348) Der...  
349) Der...  
350) Der...

351) Der...  
352) Der...  
353) Der...  
354) Der...  
355) Der...  
356) Der...  
357) Der...  
358) Der...  
359) Der...  
360) Der...

361) Der...  
362) Der...  
363) Der...  
364) Der...  
365) Der...  
366) Der...  
367) Der...  
368) Der...  
369) Der...  
370) Der...

371) Der...  
372) Der...  
373) Der...  
374) Der...  
375) Der...  
376) Der...  
377) Der...  
378) Der...  
379) Der...  
380) Der...

381) Der...  
382) Der...  
383) Der...  
384) Der...  
385) Der...  
386) Der...  
387) Der...  
388) Der...  
389) Der...  
390) Der...

391) Der...  
392) Der...  
393) Der...  
394) Der...  
395) Der...  
396) Der...  
397) Der...  
398) Der...  
399) Der...  
400) Der...

401) Der...  
402) Der...  
403) Der...  
404) Der...  
405) Der...  
406) Der...  
407) Der...  
408) Der...  
409) Der...  
410) Der...

411) Der...  
412) Der...  
413) Der...  
414) Der...  
415) Der...  
416) Der...  
417) Der...  
418) Der...  
419) Der...  
420) Der...

421) Der...  
422) Der...  
423) Der...  
424) Der...  
425) Der...  
426) Der...  
427) Der...  
428) Der...  
429) Der...  
430) Der...

431) Der...  
432) Der...  
433) Der...  
434) Der...  
435) Der...  
436) Der...  
437) Der...  
438) Der...  
439) Der...  
440) Der...

441) Der...  
442) Der...  
443) Der...  
444) Der...  
445) Der...  
446) Der...  
447) Der...  
448) Der...  
449) Der...  
450) Der...

# Die Karlsruher Wohnungsnot vor dem Bürgerausschuß.

Karlsruhe, 15. Juli.

Zum drittenmale innerhalb 8 Wochen fanden sich die Stadtväter gestern zusammen. Wohl darf die geistige Sitzung als eine der wichtigsten in diesem Jahre gebucht werden, denn sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Berechtigung von Mitteln zur Steigerung der Wohnungsnot, für welche Zwecksumme von 15 1/2 Millionen bewilligt wurden. Eine gewiß große Summe, und doch bedeutet sie nur einen Tropfen auf einen heißen Stein, gemessen an dem unbeschreiblichen Elend auf dem Gebiet der Wohnungsnot. Die sozialdemokratische Fraktion forderte deshalb in einem Antrag, daß die Bewilligung weiterer 100 Millionen ins Auge gefaßt werden möge, um der Wohnungsnot energischer wie bisher auf den Leib zu rücken.

Die Vorlagen des Stadtrats fanden im ganzen „Hohen Haus“ eine begeisterte Aufnahme. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach als Hauptredner der weitbekannte Gen. G. H. H. Er behandelte dem genossenschaftlich-sozialistischen Standpunkt aus die Wohnungsfrage, was in den Reihen der bürgerlichen aller Schattierungen oft Unwillen verursachte. Besonders sprach die Stimme des fälschlichen Gewissens aus den Bürgerreihen, als unter Hauptredner für die ganze Wäldere das kapitalistische System verantwortlich machte und sie daran erinnerte, daß vor dem Kriege für militärische Zwecke Geld in Hülle und Fülle vorhanden war, aber zur Unterhaltung der Baugenossenschaften nichts bereitgestellt wurde. Seine Ausführungen klangen aus in der Forderung auf Verwirklichung des Kampfformer'schen Siedlungs-gesetzes, in der Sozialisierung des gesamten Wohnungswezens. Diese Forderung rief den Zentrumredner Stadtd. Graf nochmals auf den Plan. Er brachte jedoch keine sachliche Entgegnung, sondern eine unverkämte persönliche Verdächtigung vor seine höchste Weisheit, indem er ausübte, daß für das Kampfformer'sche Siedlungsgesetz nur solche sind, die bei der Verwirklichung des Projekts Stellen als Wohnungsinpektoren zu erhalten hoffen, oder wie Herr Kampfformer der hofft, Landeswohnungsinpektoren zu können, was er aber nicht wünscht. Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der angenommen wurde, machte es leider nicht möglich, diese frechen zynischen Ausführungen des zentrumschlägigen Kapitalismusbänders zu beantworten. Des weiteren erregte sich diese fromme Arbeiterfeindliche Zentrumsnummer sogar zu der Forderung auf Einführung des Jehnundentages für die Bauarbeiter und dies sogar in einer Zeit, wo Tausende von Bauarbeitern infolge des kapitalistischen Bauhoffruaders arbeitslos auf der Straße liegen.

Die 4 Vorlagen des Stadtrats, die Bezug auf den Wohnungsbau hatten, fanden einstimmige Annahme. Die übrigen Vorlagen, wie Erwerbung von Geschäftsanteilen der hiesigen Handwerker-Baugenossenschaft, Ankauf von angefangenen Bauten und Fortbetrieb des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims, sowie Veräußerung von Gelände am Westbahnhof fanden ebenfalls, zumteil debattelos, Annahme.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden zuerst einige „kleine Anfragen“ erledigt. Die erste betrifft die Entlassung von städt. Arbeitern. Bürgermeister Sauer beantwortet dieselbe dahingehend, daß es sich um Angehörige der städt. Bahnen handle, deren Abfertigung infolge Arbeitsmangel erfolgen mußte. Die betr. Stellen wurden angewiesen, die Entlassenen nach ihrer Bedürftigkeit soweit wie möglich mit anderen städtischen Arbeiten zu beschäftigen. — Eine weitere Anfrage betrifft den unwürdigen Zustand der Reichenhalle auf dem Mühlburger Friedhof, dessen Abstellung Bürgermeister Dr. Fortmann aufgab. Auf seine Anfrage wegen Einlieferung von faulen Eiern in den städt. Gutshof in Ruppurr erklärte Bürgermeister Dr. Fortmann, daß es sich um 7 Wagen räumliche Eier handle, die infolge des langen Transportes auf der Bahn in Faulnis übergingen. Das Nahrungsmittelamt hat mit der Sache nichts zu tun. — Die letzte Anfrage betrifft die Brennstoffversorgung für den Winter 1920/21, die Bürgermeister Dr. Fortmann in seiner Verantwortung als eine bessere wie voriges Jahr bezeichnet. Doch die endgültige Versorgung hängt von der Förderung, den Wasser- und Transportverhältnissen ab. Leider seien viele minderbemittelte Kreise nicht in der Lage, die Kohlen infolge des teuren Preises zu kaufen.

Sodann tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Die vier Vorlagen über das Wohnungswesen werden zusammenfassend behandelt, nämlich 1. Nachtragskredit für Wohnungsbauten 1919/20 im Betrage von 6 093 500 M., 2. Bewilligung eines Kredits für Wohnungsbauten 1920/21 im Betrage von 7 320 78 M., 3. Bestellung einer Wohnungs-Kommission sowie 4. Beteiligung der Stadt an der Karlsruher Bauforschung mit einem Stammanteil von 255 000 M. und eines Darlehens in der gleichen Höhe.

Die Vorlagen werden von Bürgermeister Schneider bearbeitet, der betont, daß die Arbeiten der Stadt auf dem Gebiet des Wohnungswesens einer Kommunalisierung bedürftig seien. Nicht weniger wie 2000 neue Wohnungen sind für die nächste Zeit notwendig, wenn der Not abgeholfen werden sollte. Eine Reform des Wohnungsamtes ist ebenfalls erforderlich, der Geschäftsengang muß vereinfacht und zwischen Mietern und Hauseigentümern ein größerer Spielraum geschaffen werden.

Die sozialdemokratische Fraktion stellt zu den Vorlagen folgenden Antrag: „Im Hinblick auf den außerordentlichen Mangel an Wohnungen und in Erwägung, daß es der privaten Bauwirtschaft in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, diesen Mangel zu lindern, stellen die Unterzeichneten den Antrag, daß weitere 100 Millionen Mark der Stadtverwaltung für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt werden.“ — Oberbürgermeister Dr. H. H. H. bemerkt zu dem Antrag, daß er denselben als Nichtintendant auffasse, was in Zukunft zu gehen habe.

Stadtd. Omann D. Frey (Dem.) verlangt rasche und ausreißende Hilfe. Von der Gartenhabidee muß man jedoch für die nächste Zeit absehen, da es nicht möglich ist, jedem zu seiner Wohnung einen Garten zu geben. Im übrigen empfiehlt er die Vorlage.

## Aus dem Lande.

**Huppberg, 13. Juli.** Die Gemeinde Huppberg hat die Veder und Wiesen des Rüstens v. Reiningen auf ihrer Gemachung auf-gekauft, und zwar ein Felder 11 Ar 10 Quadratmeter Ackerland und 5 Felder 9 Ar 30 Quadratmeter Wiesen zum Preise von 28 000 M. Dieses Gelände wird aufgeteilt und zum Selbstkostenpreis an die Huppberger Einwohner von der Gemeinde abgegeben. Eine Wiese von etwa 2 Felder wird in Kleingärten umgewandelt.

**Freiburg, 13. Juli.** Im Vorort Günterstal wurde die Wohnzimmern eines Hauses in der Anstaltenstraße von zwei Männern in räuberischer Absicht überfallen. Die Inhaberin schlug sie mit einem Knüttel auf den Kopf und suchte dann das Weite. Ob etwas geraubt wurde, steht noch nicht fest. Die Überfallenen mußte nach einem Krankenhaus verbracht werden.

**Badische Keramik.** Im Rahmen der geplanten Ausstellung, die zu Beginn der „Badischen Woche“ in Karlsruhe eröffnet werden wird, soll auch die künstlerische Produktion der Karlsruher Porzellanmanufaktur in ihren besten Stücken vorgeführt werden. Da Karlsruher Porzellan besonders aus früheren Jahren

Oberbürgermeister Dr. H. H. H. gibt Johann einen sozialdemokratischen Antrag bekannt, der verlangt, daß eine Wohnungskommission für jeden Stadtbezirk gebildet werde, bestehend aus 4 Arbeitern, 4 Beamten und 2 Hauseigentümern, um Wohnungen ausfindig zu machen.

Für die sozialdemokratische Fraktion spricht Gen. G. H. H. zur Vorlage. Er bezeichnet die Wohnungsnot als die größte Not, die uns der Krieg hinterlassen. Es ist Pflicht der Allgemeinheit, das Wohnungsproblem aus der Welt zu schaffen. Für die verlangte Summe hätte die Gartenstadt ca. 2000 Wohnungen vor dem Kriege erbauen können. Dafür hätte man kein Geld da das selbe für das moderne kapitalistische Produkt, den Militarismus gebraucht wurde. Die Verteuerung der Baustoffe hängt mit dem Rückgang unserer Zeit zusammen, dadurch wurde das Wohnungsproblem verschärft. Das liegt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründet. Das Projekt von Dr. Kampfformer hätte verwirklicht werden sollen. Der Hausbesitz ist heute zum Teil eine unrentable Einrichtung, er gehört von der Allgemeinheit verwaltet. Auch die Interesslosigkeit vieler Mieter trägt an dem Elend schuld. In den Kasernen sollten Büros verlegt und die letzteren zu Wohnungen umgebaut werden. Ebenso sieht es mit einer Anzahl Wirtschaften, die ganz gut eingehen und zu Wohnungen umgebaut werden könnten.

Eine größere Anzahl Leute von gutem Klang haben noch mehr Zimmer zur Verfügung, als sie nach der Verordnung des Arbeitsministeriums verfügen dürfen. Das Wohnungsamt, sowie das Bezirksamt haben versagt, deshalb die Sabotage des Wohnungsamts bei der Wohnungsbeschaffung, denn die Wohnungsbesitzer haben kein Vertrauen zum Wohnungsamt. Die Anwartschaft ist recht groß, sorgen wir um Abhilfe, bevor sie zur Explosion kommt. Sodann verteidigt der Redner die Gartenstadt-Idee und verlangt einen Ausbau des Verlebes nach den Vororten.

Stadtd. Graf (Zent.) wendet sich gegen den Ausbau von Dachstöden und nimmt die Privatunternehmer in Schutz.

Stadtd. Braun (Dem.) macht in der Hauptsache theoretische Ausführungen zu den Vorlagen und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu denselben.

Stadtd. Weich (D. N. L.) ist ebenfalls für die Vorlage und glaubt nicht, daß die Wohnsteuer gerne entrichtet wird. Von Unternehmern gewinnen in Pagenberger kann im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden.

Stadtd. Kruse (L. S. W.) verlangt den Bau von Kleinwohnungen am Schmieberplatz. Der Mietsteuer stehen wir ablehnend gegenüber. Er stimmt den Ausführungen des Genossen G. H. H. bei, daß nur die Sozialisierung und Kommunalisierung des Wohnungswesens die Abhilfe bringen kann.

Stadtd. Gen. Müller-Würg bringt lokale Wünsche von Darxanden durch die Stadt. — Es sprechen noch zur Vorlage die Stadtd. Kollerbach (Dem.), Graf (Zent.), Heint (Dem.).

Ein Resolutionsantrag macht der Debatte ein Ende. Sämtliche Vorlagen finden einstimmige Annahme.

Der sozialdemokratische Antrag wird als Anregung gutgeheißen.

**Die Vorlagen**  
Erwerbung von Geschäftsanteilen der hiesigen Handwerker-Baugenossenschaft, sowie Ankauf von angefangenen Bauten finden ohne Debatte einstimmige Annahme.

**Fortbetrieb des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims.**  
Gefordert wird, wie wir schon des näheren kürzlich in unserem Blatt ausführlich ein Aufschuß von 600 000 M. Stadtd. Omann-Stell. Neumann erklärt die Zustimmung des Stadtvorstandes vorbehaltend für die Vorlage.

**Frau Stadtd. v. Doh** zur Vorlage gesprochen, geht Bürgermeister Dr. Fortmann auf einzelne in der Debatte gemachten Einwendungen ein und bemerkt u. a., daß ein Staatsbeitrag zur Anstalt abgelehnt worden sei.

Die Vorlage findet Johann einstimmige Annahme.

**Veräußerung von Industriegelände am Westbahnhof.**  
Hierzu liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der besagt: „Das Gelände für die Dampflokfabrik Odenheimer darf erst abgegeben werden, wenn die Lebensmittellieferung und für die jetzigen Anpflanzer anderweitiges landwirtschaftliches Gelände zur Verfügung gestellt wird.“

Den Antrag begründet Stadtd. Gen. H. H. H., der ausführt, daß wir die Zukunftsicherung von Industrie bezühen, aber in der heutigen Zeit der Not komme das Obst zuerst für die Nahrung, dann erst für Schnapsbereitung in Frage. Oberbürgermeister Dr. H. H. H. spricht sich gegen den Antrag aus, während Stadtd. Kruse (L. S. W.) für denselben eintritt.

Stadtd. Müller-Würg bringt lokale Wünsche von Darxanden vor. — Es sprechen noch die Stadtd. Herrmann (Dem.) gegen den Antrag und Frau Stadtd. v. Doh, sowie Gen. G. H. H. für denselben, letzterer insbesondere vom Standpunkt der Alkoholabhängigen.

Die Vorlage findet Johann unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, Annahme. — Damit war die Tagesordnung erschöpft. — Schluß der Sitzung 10 Uhr.

## Preis-Abbau.

**1. Freiburg, 13. Juli.** Der Arbeitgeberverband für Handel und Industrie des Handelsbezirks Freiburg hat einen Preisbeobachtungs-Ausschuß eingerichtet, um durch Bekämpfung der Geschäftsmittel und des Inflations als eine allgemeine Preis-herabsetzung der Lebensmittel und Gegenstände des sonstigen dringlichen Bedarfs hinzuwirken. — Vertreter des Bezirksamts hielten in Verbindung mit Vertretern des Kleinhandels eine Sitzung ab, um entscheidende Beschlüsse zur Einleitung des Preisabbaus zu fassen. Die einzelnen Hauptgruppen werden sich über die weiteren Schritte verständigen.

**2. Emmendingen, 13. Juli.** Auf dem letzten Wochenmarkt setzte das Gemerkchaftsamt ein Einvernehmen mit der zuständigen Marktkommission die Preise um 20 bis 50 Prozent herab. Wegen die Hausfrauen, welche mehr bezahlen, als es die Preistafel des Marktes vorschreibt, will man mit Veröffentlichung des Namens vorgehen.

**1. Bruch, 13. Juli.** Eine aus Produzenten und Konsumenten bestehende Kommission hat unter Bezug der Marktpreise die Preise für Gemüse und landwirtschaftliche Produkte um durchschnittlich 40 Prozent herabgesetzt. Die Verkäufer wurden durch eine Ueberwachungskommission zur Durchführung der Preisermäßigung angehalten.

## Aus der Stadt.

Karlsruhe, 15. Juli.

### Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe.

Außerordentlich zahlreich hatten sich die Genossen und Genossinnen Mittwoch abend im Saale des „Elefanten“ eingefunden, um zu dem Geschäftsbericht der Parteileitung, der jedem Parteimitgliede gedruckt überreicht worden war, Stellung zu nehmen. Es darf von vornherein als erfreulich festgestellt werden, daß diese Stellungnahme eine durchaus anerkennende für die Parteileitung war, von allen Diskussionsrednern wurde die im verflochtenen Jahre geleistete große Arbeit lobend und dankend anerkannt. Wenn die Versammlung am Mittwoch abend nicht zu Ende ging, sondern bei Feierabend verlagert werden mußte, so liegt das nicht am Vorstand und seinem Bericht und der Aussprache darüber, sondern daran, daß Gen. Dr. Dieh die Besprechung des Geschäftsberichts zum Anlaß nahm, um, wie er schon wiederholt getan, in schärfster Weise die bisherige Taktik der Partei in der Innen- und Außenpolitik im Reich und in Baden zu kritisieren, jedoch die Versammlung auf Antrag des Gen. Schöpfli in beschloß, die Ausführungen des Gen. Dr. Dieh und einer von ihm im Zusammenhang damit eingereichten Resolution zum Gegenstand der Tagesordnung einer weiteren Versammlung zu machen, um dort in gründlicher Aussprache Klarheit über die künftige Haltung der Karlsruher Partei zu schaffen.

Gen. Dr. Dieh befachte sich in seiner Kritik zunächst mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion beim Austritt aus der Koalitionsregierung; die Art, wie das geschehen sei, könne Niemand befriedigen. Nachdem das Volk zu 1/2 bürgerlich gewählt hatte, hätte die sozialdemokratische Partei den Standpunkt der Koalitionsfraktion gegen den bürgerlichen Staat einnehmen sollen. Anstatt nach dem Volkswillen am 6. Juni freudig aus der Koalition herauszugehen, hätte ein Revolutions, Handeln und Abwägen stattgefunden, das kein erhebendes Bild gewesen wäre. — Auch in Baden hätten die Konsequenzen gezogen werden sollen, zumal auch hier nach dem Wahlausfall die Wertung unserer Genossen in der Regierung von Tag zu Tag sinkt; das Uebergewicht des Zentrums werde immer größer. Dieses Weiterverbleiben in der Koalition bürge nur ein zweckloses Gehen und Würgen. Auch in Baden müsse der Grundsatz unserer Partei, daß wir die Koalition der bürgerlichen Gesellschaft sind, wieder scharf zur Durchführung kommen; sonst spielen wir die Rolle einer Kleinbürgerlichen Partei. Als erstes fordert er daher, daß die Versammlung ausspreche, daß unsere Partei auch in Baden aus der Koalition und der Regierung austrete. — Des weiteren verlangt Genosse Dr. Dieh, daß die Partei und die Presse die Genossen mehr über das Recht der Arbeiterorganisation aufkläre, das Reichsthem sollte eingehend erörtert werden. Aller Kritik der Verhältnisse in Ausland gegenüber sei festzustellen, daß die Volkswirtschaft dort nun schon 3 Jahre ihre Macht aufrecht erhalten, daß Ausland ein einziger Land der Welt ist, in dem die Herrscher Sozialisten sind. Alle Sozialdemokraten der Welt mühten sich daher an die Seite der russischen Genossen stellen. Als zweite Forderung verlange er deshalb, daß die Partei und die Presse überall für Sowjetrußland einträte.

Den Ausführungen von Gen. Dr. Dieh gegenüber beteuerte Gen. G. H. H. die bisherige Taktik der Partei. Er wies zunächst die Behauptung als unrichtig zurück, wir wären begehrte Anhänger der Koalition. Es gebe aber nicht an, der Arbeiterschaft die früher geliebte Taktik des Nur-Kritisiereus zu empfehlen, denn damit würde nichts erreicht. Auf dem Wege der Demokratie mühten wir unsere Ziele zu verwirklichen suchen. Die Frage sei auch die: Ist die Arbeiterschaft so reich, daß sie sich mit Gewalt in den Besitz der Produktionsmittel setzen kann? Wer das glaubt, der müsse sich für diese Idee einsetzen. Wer aber daran nicht glaube, der begehe ein Verbrechen, wenn er dennoch diese Anschauungen vertritt.

Gen. Müller-Würg meinte die reifere als weiterer Diskussionsredner die Haltung unserer Genossen bei der Regierungsbildung im Reich und die Haltung unserer badischen Genossen. Er stellte fest, daß bei der Arbeiterbildung immer strikte nach dem Beschluß der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses gehandelt worden sei. Und was Baden anbelange, so habe bekanntlich unmittelbar nach der Wahl die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit den Vertrauensmännern der Partei vom ganzen Lande getagt und diese Versammlung habe den Beschluß gefaßt, es liege in Baden kein Anlaß vor, aus der Regierung auszutreten. Und weiter wurde erklärt, daß künftig in der Regierung nicht mehr Genossen vertreten sein sollen als unserer Stärke entspricht. Trotz dieser klaren Stellungnahme hat die Zentrumskommunikation ersucht, den Gen. Weich nicht zurückzugeben. Ueber die Frage der Mitarbeit seien schon vor Jahresbeginn in den Gemerkchaften und in den Genossenschaften Kämpfe geführt worden. Wenn es so wäre, daß in ein paar Monaten das sozialistische Regiment erledigt werden könnte, dann könne man sich für die Gedanken von Dr. Dieh erwärmen. Wir wissen aber, daß die Gesetze der Wirtschaft im kapitalistischen Zeitalter ihre eigenen Wege gehen, daß sie nicht gestoppt werden durch die Entwicklung eines einzelnen Landes. Auch Ausland wird sich diesen Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht entziehen können, weil kein Staat mehr ohne den anderen leben kann. Wie viele Klassen-genossen wären aber auch bereit, den Reichtum des Auslands mit durchzumachen? Ausland brauche nun fremde Hilfe, um wieder sich aufrichten zu können. Die letzte Konsequenz der Dieh'schen Ausführungen sei auch das Aufgeben unserer Partei und Anschluß an die Kommunisten.

Wie bemerkt, wird die Aussprache über die von Gen. Dr. Dieh vorgeschlagene Taktik in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden. Die Versammlung erledigt nur noch die Neuwahl des Gesamtvorstandes, die glatt und ohne Widerspruch vonstatten ging. Zum 1. Vorsitzenden wurde wieder Gen. G. Schöpfli gewählt zum 2. Vorsitzenden Gen. Weich, zum Kassier Gen. Lang, zum 1. Schriftführer Gen. Kiefer, zum 2. Schriftführer Genoffin Anders, zu Revisoren die Gen. Kunge, H. H. H. und Krebs.

Zum Geschäftsbericht waren eine Anzahl Anträge eingebracht, die in der nächsten Versammlung ebenfalls ihre Erledigung finden sollen.

**Berein Arbeiter-Jugend Karlsruhe.** Heute abend wird unser Genosse Hermann Steng eine Vorlesung halten aus Werken führender sozialistischer Autoren. Genosse Steng hat sich schon wiederholt der Arbeiter-Jugend zur Verfügung gestellt und ist immer ein gern gesehener Gast, der durch die Auswähl seiner Vorträge und die Art der Weitergabe die Zuhörer zu fesseln versteht. Auch der heutige Abend verspricht ebenso unterhaltend wie lehrreich zu werden. Die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen, deren Eltern sowie auch sonstige Freunde der Arbeiter-Jugend werden daher um zahlreicher Besuch gebeten. — Schluß 10 Uhr. — Die Vorstandsmittglieder werden ersucht, um 7 Uhr zu einer Sitzung sich einzufinden.

**Erhöhung der Obstpreise.** Die von der Landwirtschaftskammer am 1. Juli in Bielefeld abgehaltene Vertreterversammlung sämtlicher Obstbauvereine des Landes erklärte sich einstimmig bereit, auf eine Ermäßigung der Obstpreise im ganzen Lande hinzuwirken. Die Obstzüchter erwarten aber auch, daß die Verbraucherbewegung die ungeheure Steigerung der Arbeitslöhne sowie der Kosten für Düngung, Schädlings- und Krankheitsbekämpfung und Gipsanwendung berichtigt. Die Landwirtschaftskammer will darauf hinwirken, daß sich überall Ausschüsse von Verbrauchern, Händlern und Erzeugern über die Festsetzung angemessener Obstpreise verständigen.

Eine solche Tätigkeit der Landwirtschaftskammer, wie die vorgenannte, wird bei der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen werden. Wir nehmen deshalb gerne von diesen Bestimmungen Notiz, die hoffentlich auch in der Praxis befolgt werden.

**Landestheater.** Den Schluß der diesjährigen Spielzeit wird am Donnerstag den 15. eine Wiederholung von Kalmans „Gardasfürstin“ bilden, in der Herr Otto Hans Karben vorabgeschieden wird. Auch Fräulein Friedrich wird an diesem Abend zum letztenmal die hiesige Bühne betreten. Ferner wird die Stadt Fräulein Trudel Böhm aus Konstanz singen, die als Nibbi und Anemire überaus gefallen hat. Für den beurlaubten Herrn Neugebauer ist für den „Edwin“ Herr Edgar Reisenbanger vom Variététheater in Elberfeld gewonnen worden, der als 1. Tenor in der Sommeroperette 1917 große Erfolge zu verzeichnen hatte. Diese letzte Aufführung dürfte daher großes Interesse erregen und einen würdigen Abschluß versprechen.

Sonntag, den 22. August, wird die neue Spielzeit mit dem „Jägerbaron“ eröffnet werden.

**Der Gefangenenverein** haben am kommenden Sonntag im „Kühlen Krug“ ein Gartenfest mit Musik, Gesangsveranstaltungen, Tanz usw. Unter anderem wird ein Kinderzirkel und Stabübungen zur Verherrlichung der Veranstaltung beitragen. (Siehe Anzeige im heutigen Blatt.)

**Stadtpark.** Heute abend findet im Stadtpark ein Konzert der Harmonikabteilung statt, in welchem u. a. eine Reihe ausgewählter Werke von Bach, Wagner zur Aufführung kommen; wir machen auf das abwechslungsreiche, gediegene Programm besonders aufmerksam.

**Fahrlässige Körperverletzung.** Am 13. Juli 1920 nachmittags 9 Uhr bog ein Fuhrmann von hier in schneller Fahrt mit seinem Fuhrwerk um die Ecke Eilinger-Anlagenstraße ein, wobei er einen 11-12 Jahre alten Knaben überfuhr. Der verletzte Knabe konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Verhaftet wurde ein Träger aus Notensol wegen Fahrlässigkeit.

**Valuta-Bericht vom 14. Juli.**

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 14,50 Gts. Auszahlung Holland notierte etwa 13,28 M per holl. Gulden; Schweiz etwa 8,89 M per schw. Fr.; England etwa 132 M per Pf. Sterling; Frankreich etwa 3,22 M per franz. Fr.; Neuhavre etwa 88,75 M per Dollar.

**Rechte Nachrichten.**

**Der „Quartorze Juillet“ in Berlin.**

BERLIN, 14. Juli. Wie die Sicherheitspolizei mitteilt, fand heute vormittag auf dem Pariser Platz zur Feier des französischen Nationaltages ein Festakt vor der französischen Botschaft statt, an dem die Vertreter der hiesigen Entente-Kommissionen teilnahmen. Das anwesende deutsche Publikum stimmte beim Öffnen der Tricolore das Deutschlandlied an. Die Sicherheitspolizei geleitete die französischen Offiziere und Matrosen, welche durch ihr Benehmen das Publikum gereizt hatten, in die Botschaft. Auf die Weise gelang es, Ausschreitungen vorzubeugen. Nachdem die Feier vorüber war, und das Publikum den Platz verlassen hatte, sind bisher noch unbekannte Personen auf das Dach der französischen Botschaft gestiegen und haben die Tricolore herabgenommen und sich mit ihr entfernt. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

BERLIN, 14. Juli. Zu dem Vorfalle vor der französischen Botschaft wird uns von amtlicher Seite mitgeteilt: Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat dem französischen Geschäftsträger persönlich sein und der Regierung Bedauern über den gegen die französische Botschaft verübten groben Unfug zum Ausdruck gebracht. Die Polizeibeamten, durch deren Fahrlässigkeit die Demonstration möglich gewesen ist, werden auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern vom Dienste suspendiert. Die französische Klage ist von einem Rammniedererhalt und entfernt worden, der über das Dach des Nachbarhauses auf das Dach der Botschaft gelangt ist. Der Täter ist noch nicht ermittelt, doch ist die Fahne im Nachbarhause gefunden worden und der französischen Botschaft durch die Polizei wieder zugeföhrt worden.

**8 griechische Offiziere der Görtzger Garnison zum Tode verurteilt.**

ATHEN, 14. Juli. Den „Hellenen Nachrichten“ ging eine telegraphische Meldung ihres Sonderberichterstatters aus Athen zu, wonach in dem Prozesse gegen die Offiziere des 1. griechischen Armeekorps, das in Vörlitz interniert war, 8 Offiziere zum Tode verurteilt wurden. Es wurde ihnen zur Last gelegt, Flugblätter, die über der macedonischen Front abgeworfen wurden, verbreitet zu haben. Zwei Offiziere wurden freigesprochen.

**Die neuen Getreidepreise.**

BERLIN, 14. Juli. Durch Verordnung vom 14. Juli 1920 sind vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die endgültigen Höchstpreise für Getreide aus der Ernte 1920 festgesetzt worden. Nachdem bereits am 13. März 1920 Mindestpreise bekannt gegeben worden sind und in der Mindestpreisordnung bestimmt worden war, daß die endgültige Festsetzung der Preise unter Berücksichtigung der bisher ermittelten Produktionskosten erfolgen sollte. Die auf Grund dieser Bestimmungen vorgenommene Ermittlung der Produktionskosten führte zur Festsetzung eines Grundpreises von 1400 M für die Tonne Roggen, 1350 M für die

Tonne Gerste und Hafer, sowie von 1540 M für die Tonne Weizen.

**Protest gegen die geplante Erhöhung der Erzeugerpreise.**

Leut „Freiheit“ haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten einen Protest gegen die geplante Erhöhung der Erzeugerpreise eingeleitet, in dem es heißt: Wir erwarten, daß die Regierung die Absicht der Preiserhöhung fallen läßt und mit dem von allen Seiten geforderten Abbau der Preise unverzüglich beginnt. Reinesfalls darf aber eine Erhöhung der Preise eintreten, die sogar den Widerstand eines Teiles der Landwirtschaft hervorgerufen hat.

**Das Urteil gegen den Falkenhagener Massenmörder.**

Berlin, 13. Juli. In dem Prozeß gegen den Falkenhagener Massenmörder Schumann erklärten die Geschworenen den Angeklagten nach mehrstündiger Beratung schuldig des Mordes in sechs Fällen, der Mordbrennerei in einem Falle, des Volzuchtversuchs in vier Fällen, des Mordversuchs in einem Falle, des schweren Diebstahls in einem Falle, des einfachen Diebstahls in drei Fällen und der Unterdrückung in zwei Fällen. Der Angeklagte nahm den Spruch der Geschworenen kalt lächelnd entgegen und erklärte, nichts mehr zu sagen zu haben. Das Gericht erkannte daher wegen der sechs Fälle des Mordes auf Todesstrafe, für jeden einzelnen Fall wegen Mordbrennerei auf lebenslangliches Zuchthaus; in den übrigen Fällen sind die einzelnen Strafen zu 15 Jahren aufsummiert. Im übrigen wurde auf Freisprechung erkannt. Außerdem wurde gegen den Angeklagten dauernder Ehrverlust ausgesprochen. Der Angeklagte ließ sich darauf ruhig abführen.

**Revolutionäre Vorgänge in Südamerika.**

Santiago de Chile, 13. Juli. In der Provinz La Paz ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Garnison von La Paz hat sich dem Aufstand angeschlossen. Man weiß noch nicht, ob sich der Aufstand auch auf andere Provinzen ausbreiten wird.

Amsterdam, 14. Juli. Die „Times“ melden aus Lima: Berichte aus der Hauptstadt von Bolivien melden, daß dort eine Revolution ausgebrochen ist. Der Präsident und das ganze Kabinett wurden gefangen genommen.

**Veranstaltungen.** Die „Freie Turnerschaft, Abteilung Weststadt“ Freitagabend nach dem Turnen Abteilungsversammlung im „Wirttemberg Hof“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 4492 Der Abteilungsleiter.

**Central-Zielfspiele**  
Karl Friedrichstraße 26  
Versäumen Sie heute u. morgen nicht:  
**Stuart Webbs**  
Der größte Detektivschlager  
in vier Akten  
**Die Peitsche**  
Voranzelge: Die Herrin der Welt.

**Reines Schweinefleisch**  
Pfund 17.- Mark. 4009  
Moß, Karlstraße 23, Deilmannstr.

**Rucksäcke**  
prima Ware, selbstgefertigte Waren in bester Arbeit. Preis hat abzugeben  
**M. Oswald, Karlsruhe**  
Schützenstraße 42. 4051a

**Wäsche**  
aller Art auch stark-wäsche wird zum Waschen und Bügeln angenommen.  
Göbelstraße 31, 3. Stod.  
**Fahrrad-Gummi!**  
Inland-Garnitur 250.-  
Ausland 340.-  
Händler Extra-Rabatt.  
Fahrrad-Industrie  
Jägermeisterstr. 37. 4008

**Herren-Stoffe**  
mit 30 bis 40 Prozent Rabatt.  
Preisliste von Mk. 30.- netto per Meter an.  
**L. Brotz**  
Marienstrasse Nr. 18, parterre.  
Kein Laden. 4491

**Kastatter Anzeigen.**  
Preisabgaben betr.  
Unter Mitwirkung der Stadtverwaltung sind auf Grund freier Vereinbarung zwischen den Verbrauchern, dem Handel und den Produzenten zur Festsetzung von Höchstpreisen und Preisuntergrenzen besondere Kommissionen bestellt worden, nämlich:  
eine Kommission für Obst und Gemüse,  
eine Kommission für sonstige Lebensmittel,  
eine Kommission für Schuhe und Bekleidungsstücke und  
eine Kommission für Brennstoffe.  
Den Kommissionen gehören Vertreter aus der organisierten Arbeiterschaft, Vertreter des Handels und der Produzenten an. Die Mitglieder der Kommissionen erhalten von Bürgermeisteramt einen Ausweis über ihre Zugehörigkeit zu den Kommissionen.  
Auf dem Rathaus ist eine Stelle eingerichtet, die von jedermann Beschwerden, Vorstellungen oder Anregungen auf den genannten Gebieten, für welche die Kommissionen bestellt sind, entgegennimmt. Diese Stelle ist Herrn Gemeindevorsteher übertragen und kann täglich von 10-11 Uhr vormittags und 3-5 Uhr nachmittags auf Zimmer 13 des Rathauses in Anspruch genommen werden.  
Kastatt, den 13. Juli 1920. 2025  
Bürgermeisteramt.

Die Firma Heinrich Degler Söhne in Kastatt beabsichtigt, anstelle des schadhaften Wassertrabes in ihrer am Gewerbeterrain in Kastatt gelegenen Sägmühle eine Francis-Turbine von 2 Meter Bauausführung einzubauen.  
Die Pläne liegen bis einschließlich 20. Juli 1. 30. auf dem Geschäftsraum Nr. 9 auf. Einmalige Einwendungen sind innerhalb dieser Frist geltend zu machen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.  
Kastatt, den 7. Juli 1920. 2022  
Das Bürgermeisteramt.  
Kastatt, den 30. Juni 1920. 2023  
Das Bürgermeisteramt.  
Kastatt, den 14. Juli 1920. 2030  
Kommunalverband Kastatt-Stadt.

**Durlacher Anzeigen.**  
**Kohlen-Ausgabe.**  
Die bei Johann Aramb Wdo. eingetragenen Kunden von Nr. 1-150 können am Freitag, den 16. Juli von nachmittags 1 Uhr ab zwei Zentner Braunkohlenbriketts zum Preise von 18.70 M je Zentner ab Lager Pfingststraße erhalten.  
Zufuhr vor's Haus 0.80 M, frei Keller 1.30 M je Zentner mehr.  
Durlach, den 15. Juli 1920. 2026  
Ortskohlenstelle.  
**Brennholz-Ausgabe**  
an die Inhaber von roten Brennholzheften bis einschl. Marke 20 im hies. Gewerke.  
Der Preis ist ermäßigt auf:  
10 M für 1 Ztr. kurzgefähtes Schichtholz und 9 M für 1 Ztr. 1 Meter langes Schichtholz.  
Zufuhr vor's Haus 1.50 M, frei Keller 1.20 M je Zentner mehr.  
Vorstehende Preise gelten nur bis auf weiteres. Es wird deshalb Abnahme der aufgerufenen Mengen empfohlen.  
Durlach, den 15. Juli 1920. 2027  
Ortskohlenstelle.

Die Preisprüfungs-Kommission hat für die Zeit vom 14.-21. Juli folgende Preise für Obst und Gemüse festgesetzt, die unbedingt einzuhalten sind.

Gemüse:	Markt	Laden
Mineralkohl bis zu	1.50	1.70
Wasserkohl	0.40	0.50
Wasserkohl	0.30	0.35
Stirling	0.35	0.40
Stirling	0.40	0.50
Kartoffel	0.20	0.25
Bohnen, grün	0.40	0.50
Bohnen, gelb	0.50	0.60
Erbsen, grün	0.40	0.50
Kartoffel	0.30	0.35
Kartoffel	0.20	0.25
Kartoffel	0.25	0.30
Kartoffel	0.15	0.15
Kartoffel	0.20	0.25
Kartoffel	0.25	0.30
Kartoffel	0.45	0.50
Kartoffel	5-20	5-20
Kartoffel	0.21-1.00	20-1.00
Kartoffel	0.02-0.05	0.02-0.05
Kartoffel	0.10-0.20	0.10-0.25
Kartoffel	0.10-0.25	0.10-0.30
Kartoffel	0.30	0.35

  

Obst:	Markt	Laden
Birnen	0.80	0.90
Äpfel, Kirchen	0.60	0.65
Äpfel, Kirchen	0.65	0.65
Äpfel, Kirchen	1.00-2.00	
Äpfel, Kirchen	1.30	1.30
Äpfel, Kirchen	1.80	1.80
Äpfel, Kirchen	2.00	2.00
Äpfel, Kirchen	0.60	0.60
Äpfel, Kirchen	0.70	0.80
Äpfel, Kirchen	0.80	1.20
Äpfel, Kirchen	0.80	1.20
Äpfel, Kirchen	0.20	

Kastatt, den 14. Juli 1920. 2026  
Das Bürgermeisteramt.

**Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftshartells Kastatt.** Die Sprech- und Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ Kastatt.

**Offenburger Anzeigen.**  
**Brotpreise betreffend.**  
Der Preis für Schwarzbrot wird mit Wirkung vom 14. ds. Mts. ab festgesetzt:  
auf 3.20 M für 1500 Gramm,  
auf 1.90 M für 750 Gramm.  
Offenburg, den 12. Juli 1920. 2081  
Kommunalverband Offenburg-Stadt.

**Lebensmittel-Versorgung**  
für die Zeit vom 12.-18. Juli 1920.  
Verkauft wird ab Donnerstag, den 15. d. M.:  
Säckerloden offen: Kopfmenge 100 Gramm  
28 Pfg. gegen die Lebensmittelmarke 118.  
Maniocagries: Kopfmenge 100 Gramm 60 Pfg.  
gegen die Lebensmittelmarke 119.  
Erbsenmehl: Kopfmenge 250 Gramm 1.80 M  
gegen die Lebensmittelmarke 120.  
Offenburg, den 13. Juli 1920. 2085  
Stadt. Lebensmittelamt Offenburg.

**Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!**

**Fleisch-Verteilung.**  
In der laufenden Woche vom 12.-19. Juli werden verteilt:  
**200 Gramm Auslandfleisch**  
zum Preise von Mk. 10 mit Knochen und Mk. 12 ohne Knochen für das Pfund gegen Abgabe von 10/10 Fleischmarken.  
Karlsruhe, den 14. Juli 1920. 2034  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Pferdefleisch-Vertauf.**  
Einführung der Marke 6.  
Verkaufsstelle: Rheinstraße Nr. 46  
Pferdefleischerei Mangold.  
Seite D. Siegelroter Karten. Nr. 30501-33000  
Donnerstag, den 15. Juli 1920. 2021  
Kupplenge: 125 gr Fleisch.  
Stadt. Fleischamt.

**Stadt. Bierordtbad.**  
**Große Schwimmbälle.**  
Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 10-11 Uhr und nachmittags 2 1/2-4 1/2 Uhr, sowie Freitags von 6-7 1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstag nachmittags.  
Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 9-10 Uhr und von 11-11 1/2 Uhr, nachmittags 4 1/2-7 1/2 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr und Samstag von vormittags 11 bis abends 8 1/2 Uhr, auch über die Mittagszeit geöffnet.  
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

**Vernickeln**  
Neuer-  
Leuchten-  
Körpern  
**Ohr. Friedr. Müller**  
Karlsruhe, Ruppurrerstraße 32 4179  
Haltstelle der Straßenbahn Linie 3, Schützenstr.  
Auf Wunsch Besuch ohne jede Verbindlichkeit.

## Turngemeinde Durlach

— Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes —



1895 1920

### 25jähriges Stiftungsfest

Samstag, 17. Juli, abends 7/8 Uhr,  
findet im Saale zur Festhalle ein

**Festbankett mit Ehrungen für 25jährige treue Mitgliedschaft**  
unter geistl. Mitwirkung des **Gesangvereins Vorwärts**  
und des Humoristen **Karl Eckert** statt.

Mitglieder und Mitwirkende Eintritt frei,  
Nichtmitglieder 2 Mark Programm 40 Pfg.

Sonn'tag, den 18. Juli:

**Großes Schan- und Kürturnen, Freilübungen,  
Turnspiele, Pyramiden mit bengal. Beleuchtung  
und Volksbelustigung.**

Zusammenkunft nachmitt. 1 Uhr im Lokal zum **Lamm**.  
Abmarsch daselbst mit Musik nach dem Turn- und  
Sportplatz (ehem. Dampfzweifel, Steinbruch) an der  
Grötzingenstrasse.

Wir laden hierzu unsere werten Mitglieder nebst An-  
gehörigen, sowie die gesamte Einwohnerschaft von  
Durlach und Umgebung turnfreudigst ein.  
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Eintritt frei. Der Vorstand.

## Stadtgarten

Bei schönem Wetter.

Donnerstag, den 15. Juli ds. Jrs.,  
abends von 8-10 Uhr

### Sonder-Konzert

des Musikvereins Harmonie  
Leitung: Herr Hugo Kubold.

Die Eintrittspreise sind die üblichen.  
Auch beim Besuch des südl. Teils des Stadt-  
gartens (Ziergarten) wird der Musikausflug  
erhöhen.

Aus dem Programm:

Werke von Richard Wagner (aus „Mein-  
Lied“, „Lohengrin“, „Tristan und Isolde“), sowie  
von Beethoven, Brahms, Meyerbeer u. a.  
Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus.  
Das übliche Freitag-Konzert findet nicht statt.

## Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert  
und formschön gegen Barzahlung oder  
erleichtert. Zahlungsbedingungen  
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

### Badischer Baubund & m. b. H.

Karlsruhe

Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)  
Täglich geöffnet von vormittags 8-12,  
nachmittags von 2-6 Uhr.  
Fernsprecher 5157.

### Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 15. Juli 1920. 2033

### Die Ceardasfürstin

Operette. Emmerich Kälman.  
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

## Baden-Baden.

Um der hiesigen Bevölkerung den Einkauf  
billigerer **Kleidungsstücke** zu ermög-  
lichen, hat die Einkaufs- und Lieferungs-  
Genossenschaft der Schneidermeister in  
Baden-Baden, welche das grösste Lager  
in **Herren-Stoffen** hier unterhält,  
beschlossen, von heute an bis 15. August  
auf ihre **sämtlichen Waren**  
eine **Preis-Ermässigung von  
30 Prozent** zu gewähren. — Der  
Verkauf findet im Genossenschaftslager  
**Langestrasse 31, 1. Stock, statt.**

## Gut und billig

Ist jeder bedient,  
der seine Uhr in  
guten Gang gesetzt  
haben will, unter  
Garantie, bei



**J. Klaus, Uhrmacher, Rübbarren-  
str. 20.**

## Darmstädter Hof

Karlsruhe 4371

Alte gemütliche Weinstube u. Hotel  
1 Minute von Haltestelle Marktplatz.

**Gute Weiss- u. Rotweine**  
Mk. 3.80 1/4 Liter.

**Gute Küche.**

Verkauf über die Strasse.

## Zur Hunde-Ausstellung

am 31. Juli und 1. August

sind Programme und Anmeldeformulare er-  
hältlich durch die Ausstellungsleitung, J.  
Schmidt, Sofienstr. 181, den Vorständen  
des Vereins der Hundefreunde, A. Daffner,  
Friedrichstr. 29, sowie bei Friseur Clos,  
Lammstr. 1 b, Friseur Stemmler, Kreuzstr. 27,  
Buchhandlung G. Borasch, Kaiserstr. 207,  
Zigarrenhandlung G. Anabel, Karl-Friedrich-  
str. 82, Wilhelm Müller, Kaiserstr. 99,  
G. Daud, „Zum Georg Friedrich“, Ecke Georg  
Friedrich- und Germaingasse, Zigarrenhaus Gd.  
Flüge, Kaiserstr. 51. 4506

## Karlsruher Parkett- u. Fenster- Reinigungs-Institut

Reinigen von Parkettböden  
Fenster u. Glasflächen

Adolf Klefel, Rodolfsr. 33 III

## Grüne Sohlen

Marke „Goliath“, laufen Sie 3 mal  
so lange wie auf anderem Leder, ein  
Besuch wird Sie davon überzeugen, bei

### Josef Zepf, Schuhmachermeister

am Durlacher Tor

Empfehle mich in allen Schuhreparaturen, tolle  
(Vgl.) Gummisohlen und Absätze zu 25 Mark  
und 28 Mark das Paar. 4503

— Prompte gute Arbeit wird zugesichert. —

## Städt. Fischhalle

hinter dem Vierordtbad.

Verkäufer: W. Pfeffert & Sohn.

Donnerstag und folgende Tage

### Großer Seefischverkauf

zu ganz außerordentlich billigen Preisen!  
Täglich zweimal frisch geräucherter Fisch.  
Verkaufszeit vorm. 8-12 Uhr, nachmittags 3-6 Uhr  
Sonn'tags von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachm.

**Weitere Verkaufsstellen:**  
Weißhadt: Goethestr. 15, Telefon 3075.  
Ebnat: Georg-Friedrichstr. am Markt.  
Mühlburg: In der Bestenballe, Reulstr., Tel. 2320  
Grünwinkel: Durmersheimerstr. 78.  
Darlauten: Bei der Kirche.  
Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer  
Prompter Versand. 4196

## Frische Veith-Pneumatik

eingetroffen.

Decke Mark . . 100.—  
Schlauch Mark . 30.—

### Witzemann, Mühlburg

Rheinstraße 34 a. 4285

## Zerrissene Strümpfe

aller Art werden wie neu hergerichtet. Preis  
pro Paar 1 Mk. Bezugszeit 2-3 Tage. 4076

Schützenstr. 4, durch den Hof.

## Geschäfts-Übernahme u. Empfehlung.

### Alte Brauerei Schruppel

Durlacherstr. 81 — übernommen und eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, durch Führung einer guten Küche,  
sowie durch Berechtigung guter Weiß- und Rotweine  
und vorzüglichem Brauwerk Bier den Ausprüchen meiner  
werten Gäste zu genügen und bitte um geneigten Zuspruch.  
Hochachtungsvoll **Gustav Daubenberger.**

P.P. Den werten Kneipegesellschaften zur Kenntnis, daß meine  
große Kneipe neu abgebaut worden ist und empfehle dieselbe  
zur geistl. Benutzung. 4194

## Anarbeiten

u. Anfertigen von Betten  
und Polstermöbel sowie  
Zimmer-Tapezieren und  
Bekleiden wird prompt  
besorgt in und außer dem  
Haar. 4504

Bitte Kostate.  
**E. Tellenbach,**  
Zähringerstr. 59  
im Hof.

## Piano

tadelloses Instrument mit  
schönem Ton, sehr billig  
zu verkaufen. Durlach,  
Wilhelmstr. 8, S. II. 4505

## Chaiselonnages

neue, von 350 Mk. an. 4499

R. Adler, Schützenstr. 25.

## Hotelbank

neue, bereits neu, wird  
gegen große zu tauschen  
gekauft. 4497

Kaiserstr. 11, p.

## Pferdebestellung in Brandfäden.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf  
§ 7 Nr. 6 der Feuerbestimmungsordnung für die Stadt  
Karlsruhe hierdurch anzufragen, im Falle eines  
Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde  
nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden.  
Für die Dauer der Abwesenheit wird die ver-  
pflichtete Vergütung ausbezahlt. Außerdem werden  
für die am schnellsten an den Feuerhäusern ein-  
treffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.  
Diese betragen:

für das erste Pferd	Mk. 7.50
für das zweite Pferd	5.—
für das dritte Pferd	4.—
für das vierte Pferd	3.—
für das fünfte Pferd	2.50
für das sechste, siebente und achte Pferd je	2.50

Es werden benötigt:

am Feuerhaus Pirtel 6	5 Paar Pferde
„ „ „ „ „ „	5 Paar Pferde
„ „ „ „ „ „	2 Paar Pferde
„ „ „ „ „ „	2 Paar Pferde
„ „ „ „ „ „	2 Paar Pferde
„ „ „ „ „ „	3 Paar Pferde

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefol-  
gung dieser Anordnung nach § 114 Ziffer 4 des  
Bad. Polizeistrafgesetzes und des § 369a und 368  
Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzes strafbar. 1857

Karlsruhe, im März 1919.  
Der Stadtrat.

## Zahlungs-Anforderung.

Die zur Zahlung verfallene Umlage für das  
1. Vierteljahr 1920 ist bis längstens 25. ds.  
Mts. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.  
Nach Ablauf dieser Frist ist von den Schuld-  
nern die in dem Forderungszettel angegebene  
Verfälschunggebühr zu entrichten, außerdem  
müßte gegen die säumigen Schuldner Zwangs-  
vollstreckung angeordnet werden.

Umlagenpflichtige, welche noch keinen Umlage-  
zettel erhalten haben, wollen sich schriftlich  
oder mündlich bei uns melden. Zahlungen  
wollen sunlight unserem Postfachkonto Nr. 3  
oder Sparkassen-Girokonto Nr. 96 überwiesen  
werden. 1955

Stadthauptkasse A.

## Vereinigte Berufs-Beratungsstelle für Frauen und Männer beim Städtischen Arbeitsamt

Zähringerstr. 100  
Zimmer 12.

Sprechstunden täglich von  
9-12 vorm. und 2-4 nachm.

### Badischer Frauenverein Evangel. Frauenvereinigung Nationaler Frauendienst.

1888

## Schäner jg. Hund

billig zu verkaufen. 4103

Zukunftstr. 89, 3. Etz.

Schöne, s. appropria-  
tionen, stark, u. u. u. u. u.  
Waldhorstr. 82, 3. Etz.

No.

Zeugnis  
Abholung in  
gegen 4.80

Entsch

dem Ober  
in der Ko  
ist von  
Simon

gation weg  
Wortlaut:

1. Die  
1920 an v  
monatlich  
stellen.

2. Die  
Kosten bis  
rechnung a  
Weltmarkt  
das allgem  
stimmt wir

3. Wä  
rungen die  
Kohlenfrag  
am 11. d  
Eine Erhö  
den Wieder

4. Es  
schießen g  
die Verteil  
doch der m  
gewährleist

5. Es  
geleitet, d  
man die K  
Kleidung u  
gebiet verb

6. Die  
führung v  
wirksam  
rungen u  
allgemeiner  
Einzigkeit  
werden.

Die E  
mling un  
in der Ko  
heute nach  
sammenget  
händigen i  
men und i

7. Die  
ten Rat  
Eigung ist  
zur, daß d  
gelassen  
gen als u  
Schwerfkr  
mächtigten

8. Die  
1920 an au  
nen Tonne  
Kommission

9. Der  
Hauptzweck  
rungen an  
denjenigen  
des Vertra  
fung für d  
und Quali  
von 5 Gold  
zum Erwerb  
berwand.

10. Die in  
Juli vorge  
laut der  
Kraft gefe  
4. Es  
über die  
mission get  
Abkommen  
mission.

11. Es  
der die D  
Kommission  
Lebensbedi  
der Kleidu  
werte zu h  
6. Die  
land wägr  
einen Ver  
dem gemä  
deutschen  
Hohen Aus  
geringeren  
Teil 8 des  
Die  
des Vertra  
halten den  
vertreten.